

M

Menschen Machen Medien

Medienpolitische ver.di-Zeitschrift

ver.di

E 2814
Nr. 4
Juli 2015
Jahrgang 64

Verwerfungen im Sportjournalismus



■ **Netzwerk Recherche**
Trend: Weniger
einsame Wölfe

■ **Stuttgarter Irrweg**
Zwei Zeitungen
in neuer Tochterfirma

■ **Westbalkan**
Die Medien und
das marode System

Kreative Geiselhaft

Von Günter Herkel | Stefan Raab sagt dem TV tschüss. Ein Schock für seine stabile Fangemeinde, die er seit Jahrzehnten mit Formaten wie „TV Total“, „Schlag den Raab“ bis hin zu „Wok-Weltmeisterschaften“ entzückte. Dass der umtriebige Entertainer nach 22 Jahren jetzt seinen TV-Ausstieg zum Jahresende ankündigt, ist durchaus nachvollziehbar. Lieber rechtzeitig aufhören, als ein Abdriften meiner Marke in „TV total kaputt“ zu riskieren, mag Raab sich gedacht haben.

Negativeffekt dieses Ausstiegs: 80 von 230 Mitarbeitern der Produktionsfirma Brainpool, also fast jeder Dritte, erhielten betriebsbedingte Kündigungen. Neben den Festangestellten trifft es auch eine Vielzahl freiberuflicher Gag-Schreiber und sonstige Manpower. Mit Sicherheit wird es bedauerliche Härtefälle geben, etwa ältere Kollegen, die es auf dem Arbeitsmarkt nicht leicht haben dürften. Allerdings, so verlautet selbst aus Belegschaftskreisen, hätten die Mitarbeiter auch viele Jahre vom Erfolgsmodell des Entertainers profitiert, zum Beispiel durch langfristige Verträge. Etwas, was in der TV-Branche heutzutage eher selten vorkommt.

Problematisch erscheint daher eher der Umstand, dass eine Produktionsfirma – wie im Falle Brainpool – ihr Geschäftsmodell über Jahrzehnte von einem Star abhängig machte, sich sozusagen mit Mann und Maus in kreative Geiselhaft begab. Das könnten demnächst auch die Mitarbeiter von I&U schmerzhaft erfahren, das ist die Produktionsfirma von Günther Jauch, der ja ebenfalls zur wachsenden Gilde TV-Talk-müder Großmeister zählt. Im Gegensatz zu Raab kontrolliert der angeblich beliebteste Deutsche sein kleines Imperium zu 100 Prozent selbst.

Gleiches gilt für Star-Moderator Thomas Gottschalk, dem der WDR das gesamte 4,6 Millionen-Euro-Honorar für seine geflopte Vorabendshow „Gottschalk Live“ zahlte. Und das, obwohl nur 70 statt wie geplant 144 Folgen ausgestrahlt wurden. Ob der herbstblonde TV-Rentner Gottschalk wenigstens einen Teil der fürs süße Nichtstun kassierten Gagen an die vom Aus betroffenen Belegschaftsmitglieder des Produzenten Grundy TV weitergereicht hat, ist nicht bekannt.



Karikatur: Alf

Auf ein Wort

TITEL

- 8 **Verwerfungen im Sportjournalismus**
Von Günter Herkel
- 10 **Nähe versus Kritik**
Gespräch mit Erich Laaser, Präsident des Verbandes Deutscher Sportjournalisten
- 12 **Nischensport im Internet**
sportdeutschland.tv und Olympischer Sportkanal – Online-Kanäle der Verbände

AKTUELL

- 4 **LiMA im Herbst**
Themen von Medienrecht bis zu Macht und Kommunikation
- 4 **Neue Rechercheplattform unterstützt Journalisten**
Prototypen werden bei Deutscher Welle und dpa erprobt
- 5 **Amazon kontrolliert Gedankenfreiheit**
VS sieht Autorenrechte beschnitten
- 5 **Anhörung verschoben**
„Freiheit statt Angst“ – Tour gegen Vorratsdatenspeicherung geht weiter
- 6 **Für ein faires Urheberrecht**
EU-Parlament lehnte Einschränkung der Panoramafreiheit ab

KOLUMNE

- 7 **„Eiszeit“**
Tarifrunde im öffentlich-rechtlichen Rundfunk festgefroren

TARIFE + BERUF

- 13 **Kooperation statt Konkurrenz**
Ein Jahr weltweite Journalistenplattform Hostwriter – dju ist Partner
- 14 **Weniger einsame Wölfe**
Schlaglichter: Netzwerk Recherche ermuntert zu Selbstkritik und Veränderung
- 15 **Journalistenpreis Leuchtturm für „Dickbrettbohrer“ Ulrich Chaussy**
- 16 **Neue Freiheiten und Respektlosigkeit**
Nach dem Frühling: Arabische Journalistinnen berichten in Bonn
- 17 **Tariffucht bei der Westdeutschen Zeitung**
„Wechselprämien“ für den Gehaltsverzicht
- 17 **Schon entdeckt? Wolfsiehtfern.de**

- 18 **Flucht aus dem Flächentarif**
Ohne Tarifbindung – aktuelles Beispiel: Wetzlardruck
- 18 **Tarifabschluss für Bremedia erreicht**

MEDIEN + WIRTSCHAFT

- 19 **Kartellamt genehmigt Verkauf der Echo-Gruppe**
- 19 **Spiegel will Millionen sparen**
- 19 **Buchtipp: Statistischer Unsinn**
- 20 **Ein Stück Zeitung, bitte!**
Online-Plattformen verkaufen einzelne Artikel aus Zeitungen und Zeitschriften
- 21 **„Stuttgarter Irrweg“**
Zwei Zeitungen werden in eigenständiger Tochterfirma zusammengelegt

MEDIEN + POLITIK

- 22 **Mehr Staatsferne fürs ZDF**
SWR-Änderungen nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts in Kraft
- 22 **Funke und Springer noch enger**
Kartellamt stimmte Vermarktungskoooperation Media Impact zu
- 23 **Smartes Zappen**
Experten und Medienpolitiker diskutieren über „Suchen – Finden – Navigieren“

MEDIEN + RECHT

- 24 **Aufbegehren gegen Überwachung**
Klage gegen Bundesnachrichtendienst von Reporter ohne Grenzen
- 25 **Auf dünnem Eis**
Knapper Sieg für den SWR im Rechtsstreit gegen Daimler

MEDIEN + INTERNATIONAL

- 26 **Die Medien und das marode System**
Westbalkan: Unabhängige Berichterstattung deutlich erschwert
- 27 **Leipzig: Europäisches Zentrum für Presse- und Medienvielfalt gegründet**
- 27 **BBC streicht mehr als 1000 Stellen**
- 28 **Graswurzelradios und Facebook**
Journalistenausbildung in Kambodscha durch deutsche Institutionen
- 29 **Aktion für Jelena Milaschina, Russland**

LEUTE / IMPRESSUM

- 30 **Leute**
- 31 **Impressum**

AKTUELL NOTIERT

Interessante Nachrichten und Berichte aus der Medienbranche – mehr zum Lesen zwischen den Print-Ausgaben auf der M-Website <http://mmm.verdi.de/aktuell-notiert>



Foto: Christian v. Polentz

Editorial

Spirale nach unten

Sportjournalisten haben ein widersprüchliches Image. Den einen gelten sie als zu kritisch, illoyal – den anderen als „verkappte Fans“ mit zu wenig Distanz zum Gegenstand ihrer Berichterstattung. Und unstrittig ist, dass Medien und Sport voneinander abhängig sind. Für Sportler und Vereine steigert sich durch die Publizität der Marktwert, für die Medien ist der Spitzensport ein Quotenbringer. Eine Gemengelage, die zunächst erst einmal ist wie sie ist! Jedoch führt sie immer wieder zu Verwerfungen im Journalismus, wenn der Sport durch seine Gunst das Verhalten und damit die Berichterstattung der Medien steuert, wenn Journalisten Versuchen von Korruption und „Bestechung“ erliegen und Verlage nicht für die Kosten der Recherche aufkommen.

Unabhängiger qualitativ hochwertiger Journalismus sieht anders aus! Etwa wie die Sendung „Sport Inside“ beim WDR, ein wöchentlich halbstündiges TV-Magazin mit kritischer Hintergrundberichterstattung. Reporter dieser Sendung arbeiteten auch den Dopingfall Ullrich auf. (Titel S. 8 bis 12)

Tariffahrt hält die *Westdeutsche Zeitung* für die richtige Strategie um „marktgerecht, flexibel und zukunftsgerecht publizistisch zu arbeiten“. Der Weg dahin ist eine tariffreie Tochtergesellschaft, in diese sollen die Redakteure „freiwillig“ wechseln, mehr und crossmedial arbeiten für weniger Geld! Gelockt wird mit „Wechselprämien“ – kein finanzieller „Vorteil“ von Dauer! (S. 17)

Mitgliedschaft ohne Tarifbindung in einem Arbeitgeberverband ist ein weiterer Trend, dem Tarifflichtlinge aus dem Arbeitgeberlager gern folgen. Aktuelles Beispiel: Wetzlardruck mit der *Wetzlarer Neuen Zeitung*. (S. 18) Damit ist der größte Zeitungsverlag Mittelhessens auch aus dem Tarif ausgestiegen, wobei ohnehin nur noch eine Handvoll der 30 Zeitungsverlage in dem Bundesland zur Tarifgemeinschaft gehört. Mit dem Ausstieg von Firmen aus dem Flächentarif werde „eine Spirale nach unten in Gang gesetzt“, ist ver.di überzeugt. Irgendwann steht der Verband als Tarifakteur insgesamt zur Disposition.

Karin Wenk,
verantwortliche Redakteurin

SERVICE ZUM SURFEN

Der Service ist im Netz unter: <http://mmm.verdi.de/service>



Grafik: Hermann Haubrich

LiMA im Herbst

Themen von Medienrecht bis zu Macht und Kommunikation



„De-Fragmentierung – Debatte und Weiterbildung“: Unter diesem Motto geht die Linke Medienakademie LiMA 2015 nach ihrer Weiterbildungswoche im März im Herbst in die zweite Runde. Vom 21. bis zum 26. September gibt es

mitten in Berlin an der Humboldt-Universität (Seminargebäude am Hegelplatz, Unter den Linden 6) Workshops, Vorträge, Debatten, Aktionen und Raum für Vernetzung rund um die theoretischen und praktischen Seiten der defragmentierten Medienlandschaft sowie ein umfangreiches Weiterbildungsangebot für Medienmacher.

Die sechs Tage haben jeweils thematische Schwerpunkte. Am Montag geht es zur Eröffnung bei mehreren Podiumsdiskussionen um Medien im Umbruch, am Dienstag um Medienrecht, am Mittwoch um Digitale Medien und am Donnerstag um Macht und Kommunikation. „Macht.Politik.Online“ ist Schwerpunktthema am Freitag. Der Samstag ist einer Tagung innerhalb des Kongresses „Wenn Konzerne den Protest managen“ vorbehalten. Sie wird von der Linken Medienakademie zusammen mit Robin Wood und LobbyControl organisiert. Näheres unter www.Konzernprotest.de

Demo-Berichterstattung ist Thema eines Workshops „Nah dran und dennoch auf Distanz“ am

22. September, dem Tag mit Schwerpunkt Medienrecht. Den Workshop von 10 bis 17 Uhr hält Renate Angstmann-Koch, Mitglied im baden-württembergischen dju-Landesvorstand und stellvertretend im Bundesvorstand, zusammen mit Alfred Denzinger, dem Gründer und Chefredakteur des Online Magazins Beobachter News (www.beobachternews.de).

Der Workshop ist für Einsteiger und Berichterstatter mit einschlägiger Erfahrung gedacht. Es geht in ihm um fotografische, rechtliche und schreiberische Aspekte eines Metiers, das Journalistinnen und Journalisten immer wieder zwischen die Fronten führt – etwa bei Anlässen wie dem G 7-Gipfel oder Blockupy in Frankfurt. Es erfordert ein hohes Maß an Professionalität und handwerklicher Sicherheit, möglichen Repressionen der Polizei oder den Vereinnahmungsversuchen beider Seiten standzuhalten.

Viele Demo-Berichterstatter, vor allem Fotografen, machen immer wieder die gleichen Erfahrungen – etwa wenn sie wie beim Protest gegen G 7 schon bei der Anreise von Sicherheitskräften aufgehalten und an ihrer Arbeit gehindert werden. Um sich über solche Erfahrungen auszutauschen und Möglichkeiten der Zusammenarbeit auszuloten, wollen Renate Angstmann-Koch und Alfred Denzinger im Rahmen des LiMA-Kongresses ein Offenes Netzwerktreffen der Demo-Fotografen organisieren. Es beginnt 22. September um 18.30 Uhr. Informationen und Kontaktaufnahme unter redaktion@beobachternews.de **Red. ■**

LiMA 2015 21.–26. September

Am Montag und Samstag ist der Eintritt bei der LiMA frei. Für die Veranstaltungen von Dienstag bis Freitag kann man Tagestickets und Wochentickets kaufen.

Weitere Informationen zum Programm und zum Kongress: linkemedienakademie.de

Neue Rechercheplattform unterstützt Journalisten

Prototypen werden bei Deutscher Welle und dpa erprobt

Eine neuartige Rechercheplattform soll Redakteure dabei unterstützen, der riesigen Datenmengen Herr zu werden und sich schnell einen umfassenden Überblick zu einem Thema zu verschaffen.

Das Forschungsinstitut in St. Augustin arbeitet in dem vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderten Projekt »News-Stream 3.0« gemeinsam mit der Neofonie GmbH, der Deutschen Welle sowie der Deutschen Presseagentur dpa an neuartigen Analysewerkzeugen für Journalisten. „Unser Ziel ist eine Rechercheplattform, die auch heterogene, multimediale Datenströme schnell und effizient semantisch analysiert, bündelt und als kompakten Überblick einheitlich aufbereitet«, erklärt Dr. Daniel Stein vom Fraunhofer-Institut für Intelligente Analyse- und Informationssysteme IAIS. Das neue Analyseverfahren kann unterschiedlichste Formate

wie Textnachrichten, Videos oder Audiodateien sekundenschnell scannen. „Wir integrieren dabei vorhandene Ansätze und produktreife Lösungen und fusionieren diese Technologien zu neuen Tools«, so Stein. Mit Hilfe der Technologie sollen sich Journalisten und Redakteure künftig schnell einen Überblick zu einem Thema verschaffen und die Rechercheergebnisse in „news cases“ dokumentieren können. Dabei werden die Inhalte laufend aktualisiert, so dass der Nutzer jederzeit auf dem neuesten Wissensstand ist.

Seit Kurzem erproben Mitarbeiter der Deutschen Welle und der dpa erste Prototypen in ihrer täglichen Arbeit. „Dieses Anwenderfeedback ist für uns ein zentrales Instrument, um die Plattform schon während der Entwicklungsphase weiter zu verbessern und an den Anforderungen der späteren Nutzer auszurichten“, so Stein. **PM / Red. ■**

Mehr Informationen

www.fraunhofer.de/de/presse/presseinformationen/2015/Juli/neue-rechercheplattform-unterstuetzt-journalisten.html

Amazon kontrolliert Gedankenfreiheit

VS sieht Leseverhalten verfolgt und Autorenrechte beschnitten

Auf scharfe Kritik bundesdeutscher Autorinnen und Autoren ist die Strategie von Kindle Unlimited (KU) und Kindle Owners' Lending Library (KOLL) gestoßen, ihre Autorinnen und Autoren nur noch nach gelesenen Seiten zu bezahlen. Voraussetzung dafür ist, dass Amazon das Leseverhalten seiner Kunden wie „big brother“ verfolgt und auf Grundlage der erfassten Daten den Autoren nicht das gesamte heruntergeladene Buch vergütet, sondern nur die von den Kunden gelesenen Passagen.

„Dies ist ein kontrollierender Eingriff in den intimen Dialog des Lesers mit dem Buch und das damit verbundene Verhältnis zum Autor“, kritisiert Eva Leipprand, die Vorsitzende des Verbandes deutscher Schriftsteller VS.



Der Bundesvorstand und die Landesvorsitzenden des Schriftstellerverbandes VS in ver.di hatten auf ihrer jüngsten Sitzung in Göttingen die Vorgehensweise von Amazon kritisch diskutiert. Sie waren sich einig, dass dieses System bei einer weiteren Verbreitung eine Katastrophe für die Literaturlandschaft bedeute und die Gedankenfreiheit der Leser und Autoren einem fortschreitenden rein ökonomisch orientierten Zugriff unterwerfe. Tendenziell drohe damit eine außerordentliche Gefahr für den durch individuelles Leseverhalten geprägten Schreibprozess der Autoren. Er müsse prioritär darauf gerichtet sein, die Leserinnen und Leser kontinuierlich im „Cliffhängerstil“ von einer Seite zur nächsten zu treiben. **PM ■**



Foto: Ulrike Maercks-Franzen

Berlin 20. Juni: Demo vor der SPD-Zentrale, in der an diesem Tag der Parteikonvent den Beschluss zur Vorratsdatenspeicherung durchwinkte

Anhörung verschoben

„Freiheit statt Angst“ – Tour gegen Vorratsdatenspeicherung geht weiter

Das Gesetz zur Vorratsdatenspeicherung geht nun doch erst nach der Sommerpause zur nächsten Anhörung ins Parlament (M 3.2015). Dennoch wird erneut auf die Zeit gedrückt. Dem Vorschlag der Mitglieder von CDU/CSU und SPD aus dem Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz zufolge sollte das sofort am 7. September in der ersten Sitzungswoche geschehen. Linke und Grüne kritisierten diesen Termin, der in eine Woche falle, in der es allein um den Haushalt gehe. Das Unverständnis seitens des Linken-Vertreters über die „Eile“ wies ein Vertreter der Fraktion CDU/CSU zurück. Es sei ein „legitimes Anliegen“, das Gesetzesprojekt ohne weiteren Zeitverzug zu verabschieden, sagte er. Sollte der Bundestagspräsident dem Termin nicht zustimmen, hat der Ausschuss den 21. September ins Auge gefasst. www.bundestag.de/presse/hib/2015_07/-/381278

Bis dahin zieht die „Freiheit statt Angst“-Tour weiter durch die Bundesrepublik. In mehr als 30 Städten protestieren Bürgerinnen und Bürger gegen die vom Bundeskabinett beschlossene Gesetzesvorlage für Vorratsdatenspeicherung. Weitere Themen sind der Geheimdienstskandal um NSA und BND, die Abschwächungen des Datenschutzes für Verbraucherinnen und Verbraucher auf EU-Ebene, sowie der allgemeine Trend zur Totalüberwachung der Bevölkerung durch Staat und Wirtschaft. Veranstalter ist der Arbeitskreis gegen Vorratsdatenspeicherung (AK Vorrat), der auch von der dju in ver.di unterstützt wird. ■

Alle Termine der „Freiheit statt Angst“-Tour:
<http://freiheitsstattangst.de/tourplan-2015/>
 „Freiheit statt Angst“-Tour-Aufruf:
<http://freiheitsstattangst.de/aufruf/>

Anzeige



Neu: Offen für alle Mitarbeiter von Medienunternehmen!

Jetzt betrieblich vorsorgen:

Hohe Rendite

Berufsunfähigkeitsschutz ohne Gesundheitsprüfung möglich



Mehr Rente für die Medienbranche



Presse-Versorgung

Für ein faires EU-Urheberrecht

EU-Parlament lehnte Einschränkung der Panoramafreiheit ab

Am 9. Juli wurde im EU-Parlament über den Bericht zum EU-Urheberrecht abgestimmt, der in der nun beschlossenen Fassung in die geplante und durch die EU-Kommission zu verabschiedende Urheberrechtsreform einfließen wird. In seiner Entscheidung hat das Parlament einen Vorschlag des Rechtsausschusses abgelehnt, der zu einer Einschränkung der Panoramafreiheit bei gewerblicher Nutzung von Abbildungen hätte führen können.

Die Panoramafreiheit garantiert nach dem deutschen Urheberrechtsgesetz, dass Fotos, Videos oder andere Abbildungen von Werken oder Gebäuden im öffentlichen Raum genutzt werden dürfen. Dies gilt allerdings nur, wenn die Abbildung, aus der Straßenperspektive, wie sie ein normaler Passant hat, aufgenommen wurde. Daneben ist es in Deutschland auch erlaubt, Abbildungen zu nutzen, auf denen ein Kunstwerk oder Gebäude lediglich unwesentliches Beiwerk ist. Im Rahmen der Berichterstattung über Tagesereignisse besteht zudem eine weitgehende Freistellung bei der Nutzung von Werken, die im Rahmen dieser Ereignisse wahrnehmbar werden.

In einigen EU-Staaten, etwa Frankreich oder Italien, gilt das Recht auf Panoramafreiheit nur eingeschränkt. Fotos oder Videos von öffentlichen Gebäuden, die dem Urheberschutz unterliegen, dürfen hier nur nach Genehmigung des Urhebers verwertet werden.

Vernünftige Entscheidung. Die Deutsche Journalistinnen- und Journalisten-Union (dju) in ver.di setzt sich für die Rechte der Urheberinnen und Urheber ein, seien es Journalisten, Fotografen, Bildhauer oder Künstler. Zudem befürwortet die dju eine angemessene Vergütung der bildenden Künstler für die Abbildung ihrer Werke, zum Beispiel in Fotokalendern oder Bildbänden. Allerdings muss gleichzeitig sichergestellt sein, dass journalistisches Arbeiten im öffentlichen Raum ungehindert möglich bleibt. Hier spielt die in Deutschland geltende Panoramafreiheit eine Rolle, deren Abschaffung mindestens zu unerfreulichen wie aufwendigen Abgrenzungs- und Streitfragen geführt hätte, etwa ob der vorgesehene Urheberschutz auch greift, wenn lediglich ein Teil des Werkes, zum Beispiel als Hintergrund für ein Personenfoto, zu sehen ist.

Vor diesem Hintergrund wurde befürchtet, dass nach Abschaffung der Panoramafreiheit nicht mehr nur das Eigentumsrecht benutzt worden wäre, um unliebsame Berichterstattung zu verhindern, sondern ebenso das Urheberrecht.

Deshalb begrüßt die dju in ver.di die Haltung des EU-Parlaments als „vernünftige Entscheidung“. Im Vorfeld der Abstimmung hatten sich Befürworter der Panoramafreiheit mit Petitionen, offenen Briefen und

Appellen an das EU-Parlament gewandt, um eine Einschränkung der Panoramafreiheit zu verhindern. Dabei handelt es sich bei dem Beschluss ohnehin nur um eine rechtlich unverbindliche Meinungsäußerung. Ob aus einer Parlamentsentscheidung gegen die Panoramafreiheit jemals verbindliches EU-Recht geworden wäre, war zu bezweifeln.

Nationale Unterschiede. Wikipedia hatte das EU-Parlament in einem offenen Brief aufgefordert, die Panoramafreiheit nicht nur nicht einzuschränken, sondern sie auf die gesamte Europäische Union auszudehnen. Dem folgte das EU-Parlament nicht, indem es nur gegen eine Einschränkung der Panoramafreiheit auf EU-Ebene votierte. Das Thema Panoramafreiheit



Graffiti in Paris

Foto: fotolia / Hagen411

ver.di-Stellungnahme

verdi-Stellungnahme vom 10. Februar 2015 zum europäischen Berichtsentwurf zum Urheberrecht
<http://dju.verdi.de/ueberuns/nachrichten>

ist damit nun aus der Agenda der EU-Urheberrechtsreform gestrichen. Es kann bei den unterschiedlichen nationalen Regelungen bleiben: Panoramafreiheit in Deutschland ja, Panoramafreiheit in Frankreich oder Italien nein.

Viel wichtiger ist es jetzt, die nun endlich in die Wege geleitete EU-Urheberrechtsreform in dem Sinne zu gestalten, dass die Rechte der Urheberinnen und Urheber EU-weit gestärkt und die Akzeptanz und Klarheit der Urheberrechte in der digitalen Transformation sichergestellt werden.

Monique Hofmann/Valentin Döring ■

„Eiszeit“

Tarifrunde im öffentlich-rechtlichen Rundfunk festgefroren

Von Valentin Döring | Am 2. Juli war ein Speiseeis das einzig Annehmbare, was den Beschäftigten des Bayerischen Rundfunks angeboten wurde. Der ver.di-Senderverband verteilte in der Mittagspause anlässlich der an diesem Tag stattfindenden zweiten Tarifverhandlungsrunde diese bei 34 Grad im Schatten willkommene Abkühlung. Im Verhandlungsraum herrschte ebenfalls „Eiszeit“: Die Verhandlungen sind „festgefroren“. Den Beschäftigten wurde ein völlig inakzeptables Entgeltangebot gemacht.

Beim ZDF, den Anstalten der ARD sowie bei der Deutschen Welle und Deutschlandradio stehen dieses Jahr Entgeltverhandlungen an. Erschwert werden sie allerorts durch die Argumentation der Sender, die Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs (KEF) fordere Einsparungen bei der betrieblichen Altersversorgung. Zwar konnten die Sender dazu bewegt werden, dass ein Einschnitt in die Dynamisierung der Altersversorgung nicht mehr zur Vorbedingung für Verhandlungen über Einkommenssteigerungen gemacht wird. Dafür soll offenbar bei den Entgelterhöhungen gespart werden. Im Versuch einer Anlehnung an die Tarifrunde im öffentlichen Dienst wollen die Anstalten die dort vereinbarte Eigenbeteiligung in Höhe von 0,2 % je Steigerung auch im öffentlich-rechtlichen Rundfunk zum Abzug bringen. Die Folge beim BR (vergleichbar mit anderen Senderangeboten): Mit der Offerte von 1,74 % ab Juni 2015 und weiteren 1,99 % ab Juni 2016 legten sie eines der bisher schlechtesten Angebote vor, das den Beschäftigten dort je unterbietet wurde.

Fest steht, dass betriebliche Altersversorgung Geld kostet. Der jeweilige Anspruch auf Zahlungen auch nach dem Erreichen des Rentenalters ist und war immer Lohnbestandteil. Darauf wurden Lebensplanungen aufgebaut und muss Verlass sein. Und nicht umsonst war die gute Altersversorgung in vergangenen Tarifrunden immer ein gern angeführter Grund, die Entgeltsteigerungen in Grenzen zu halten. Entgelt- und Entgeltsteigerungen haben die Beschäftigten auf höhere Steigerungen verzichtet, weil ihre Rente versprochen und damit „sicher“ war. Diese Sicherheit war für viele ein Grund, beim Aufkommen der Privatsender nicht der Verlockung des Wechsels der höheren Gehälter wegen zu folgen. Sie sind bei ihren Sendern geblieben, aus Überzeugung sicherlich – aber teilweise auch wegen der zugesicherten Betriebsrente.

Vereinbarungen zur Altersversorgung wirken immer erst Jahrzehnte später. Und immer, wenn sich gesetzliche Rahmenbedingungen während dieser langen Zeiträume geändert haben oder objektiv ein Änderungsbedarf auftrat, wurden unter aktiver Mitwirkung der Gewerkschaften die jeweiligen Systeme modifiziert. Anfang der 90er Jahre wurde das bestehende System für Neubeschäftigte geschlossen. Seitdem existiert ein für die Anstalten günstigeres zweites Modell, das von den Leistungen her unter dem Vorgängermodell liegt. Auch dieses Konstrukt wollen die Sender nun vom Tisch haben. Für den Hessischen Rundfunk wur-

de der Versorgungstarifvertrag zu Ende 2015 gekündigt. Es ist damit zu rechnen, dass die anderen ARD-Anstalten bis Ende 2016 folgen. In den Zeiten, in denen die Anlagen gute Zinsen abwarfen, haben die Anstalten das Geld gerne genommen. In der aktuellen Niedrigzinsphase soll das Zinsrisiko mittels Einsparungen auf die Beschäftigten abgewälzt werden. ver.di ist grundsätzlich bereit, für ein neues Altersversorgungsmodell das Kapitalrisiko anders zu verteilen. Eingriffe in bestehende Zusagen werden jedoch nicht akzeptiert. Die zugesicherte Altersversorgung verdienen und verdienen sich die Kolleginnen und Kollegen Tag für Tag. Die angemessene Beteiligung der Arbeitgeber an der Altersversorgung ist eine urgewerkschaftliche Forderung. Das Problem sind deswegen im Grunde genommen nicht die zu hohen Ansprüche der Beschäftigten im öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Das Problem sind vielmehr all die anderen Bereiche der Medienbranche, wo die Aktiven keine Sicherungslinien mehr für ein Leben nach dem Beruf einziehen können. Gerade der öffentlich-rechtliche Rundfunk muss auf Grund seiner Finanzierung durch die Allgemeinheit ein Branchenvorbild in jeder Hinsicht sein. Die Beschäftigten verteidigen nicht nur die Rechte und Ansprüche der aktuellen und zukünftigen Rentnerinnen und Rentner. Sie verteidigen einen Zustand, der hinsichtlich sozialer Sicherungsmechanismen Standard für alle Medienschaffenden sein sollte. Einschnitte jeder Art werden sich in der Branche fortsetzen. Produzenten und Dienstleister werden grundsätzlich immer günstiger sein müssen, womit die Spareffekte „nach unten“ weitergereicht werden.

Auch wenn die aktuelle Rente eines Kameramannes, der 42 Jahre für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk gearbeitet hat, im Vergleich zur eigenen zu erwartenden Rente vielleicht üppig erscheinen mag: Er hat sie sich verdient! Seine Betriebsrente ist aber nur hoch gemessen an den Renten, auf die sich diejenigen zubewegen, die 30 und mehr Jahre später als der Kollege angefangen haben zu arbeiten. Und die sind viel zu niedrig. Unsere Aufgabe als mündige Kollegen und Gewerkschafter ist es, die Rentenansprüche der verdienten Kolleginnen und Kollegen zu verteidigen. Und unsere Aufgabe ist es, dafür zu sorgen, dass die Jüngeren – Feste wie Freie – gute Arbeits- und Entlohnungsbedingungen haben: Wir lassen uns nicht gegeneinander ausspielen!

Noch blockieren die Sender eine trag- und zukunfts-fähige Einigung. Da müssen wir Druck aufbauen und notfalls auch streiken. Nur gemeinsam und nur organisiert in ver.di als der einzigen Organisation, die die Interessen aller Beschäftigten vertreten kann, können wir unsere Ziele erreichen. „Wer kämpft, kann verlieren. Wer nicht kämpft, hat schon verloren.“ Folgen wir Bertolt Brecht müssen wir den Anstalten gemeinsam ordentlich einheizen. Es geht um das Prinzip der betrieblichen Altersversorgung im Allgemeinen – und im Speziellen um das Arbeits- und Lohnniveau der gesamten Medienbranche. Es geht um sehr viel! ■



Foto: Mireat Türemis

Valentin Döring

Rechtsanwalt und Jurist im ver.di-Fachbereich Medien, Kunst und Industrie, zuständig für Urheberrecht

„Lügenpresse halt die Fresse“ – solche Hass- und Schmährufe bekommen längst auch Reporter auf Sportplätzen und in Fußball-Arenen zu hören. Sportjournalisten gelten nicht unbedingt als sonderlich kritisch. Zu große Nähe zu Verbänden und Klubs, zu anfällig für Gefälligkeiten – so lauten einige der häufig erhobenen Vorwürfe.

Von Günter Herkel

Verwerfungen im Sportjournalismus

Es geschah beim DFB-Pokalspiel zwischen Dynamo Dresden und Borussia Dortmund. Marcel Reif, Sportreporter des Bezahlsenders Sky war auf dem Weg zu seinem Kommentatorenplatz. „Plötzlich flogen Bierbecher an mir vorbei, und ich sah Leute über mir hinter der Glaswand. Die Gesichter waren hasserfüllte Fratzen, spuckend und geifernd. Solchen Hass habe ich ehrlich gesagt zuvor noch nicht erlebt“, berichtete Reif später in einem Gespräch mit der *Welt*. Dass Fans gelegentlich ausrasten und pöbeln, kam auch früher immer mal wieder vor. Neu ist die Militanz, mit der radikalisierte „Fans“ im Schutze der anonymen Masse Journalisten attackieren, gelegentlich auch körperlich. Das bekam im Umfeld des Ruhrpott-Derby zwischen Schalke 04 und Borussia Dortmund ein ZDF-Team zu spüren, als es mit Böllern beworfen wurde. Eine Tonassistentin erlitt dabei Brandwunden am Bein. ZDF-Kommentator Béla Réthy mag solche Vorfälle nicht dramatisieren. Er selbst ist regelmäßig Objekt wüster Shitstorms im Netz, wird beschimpft von TV-Konsumenten, die sich für die einzig wahren Experten halten. Er nehme das inzwischen hin „wie jeden Tag die Wettermeldungen“, gibt sich der ZDF-Mann gelassen. Sky-Sportchef Burkhard Weber dagegen hielt nach den Angriffen auf Marcel Reif die Grenze für überschritten: „Wir Journalisten, und da schließe ich auch die Hörfunk- und Printkollegen mit ein, sind kein Freiwild – nur weil irgendeinem Fan ein Kommentar zu seinem Fußballverein nicht passt.“ Manche Fans erwarteten offenbar, dass sich Kommentatoren und Reporter wie „Fans mit Stift und Mikro“ verhielten.

Widersprüchliches Image. Warum haben Journalisten so ein schlechtes Image? In einschlägigen Rankings liegen sie, da machen auch Sportreporter keine Ausnahme, auf den unteren Plätzen, dicht gefolgt von Politikern. Während politische Reporter oft als zu angepasst oder unkritisch empfunden werden, haben Sportjournalisten ein widersprüchliches Image: Den einen gelten sie als zu kritisch, zu illoyal, als diejenigen, die immer einen Haken an einer Geschichte suchen, im Zweifel einen Doping-Skandal. Für andere wiederum erscheinen sie als Vertreter einer Spezies, die zu wenig Distanz zum Gegenstand ihrer Berichterstattung halten, als „verkappte Fans“, die es irgendwie über die Absperrung geschafft haben. An beidem ist etwas dran.

Der Sport, namentlich der Hochleistungssport braucht die Medien, und die Medien brauchen den Sport. Sportler und Vereine steigern ihren Marktwert und die Sender hofieren erfolgreich Athleten als Quotenbringer. Am Beispiel des Radsports konnte man jahrelang exemplarisch beobachten, wie groß die Versuchung ist, erfolgreiche Athleten kritiklos zu nationalen Helden hochzujubeln, wenn es dem

Marktanteil oder der Verkaufsaufgabe dient. Erinnerung sei an den Sündenfall der ARD, ihre jahrelange enge Verquickung mit dem „Team Telekom“ und dessen einstigen Star Jan Ullrich. So sponserte der Sender die Radprofis von T-Mobile, verlängerte einen Exklusivvertrag mit Ullrich selbst dann noch, als längst ein hinreichend begründeter Doping-Verdacht auf ihm lastete. In der Erwartung, vom Ruhm des Radlers zu profitieren, investierte die ARD sogar Gebührengelder, um ihr Logo auf den Trikots von Team Telekom zu platzieren. Gestoppt

„Der Spitzensport steuert über seine Gunst sehr genau, wie Journalisten sich zu verhalten haben.“

wurde der Deal erst, als bereits ein gravierender Glaubwürdigkeitsverlust eingetreten war. Nicht zuletzt unter dem Eindruck dieses Skandals entstand seinerzeit beim WDR Fernsehen „Sport Inside“, ein wöchentliches halbstündiges TV-Format mit kritischer Hintergrundberichterstattung. Es waren investigative Reporter von „Sport Inside“, die den Dopingfall Ullrich systematisch aufarbeiteten – eine späte Wiedergutmachung des Senders für die langjährige Kumpanei mit der Telekom. Die WDR-Sportredaktionen verabschiedeten obendrein eine Selbstverpflichtungserklärung, in der sie sich zu einer qualitätsbewussten und unabhängigen Berichterstattung bekannten. Unter anderem heißt es da: „Der WDR sponsert keine Wettbewerbsteilnehmer. Wir als BerichterstatterInnen gehen keine Geschäfte mit Akteuren des Sports ein – insbesondere nicht mit Sportlern, Vereinen, Sportverbänden und Sportsponsoren.“

Wie schmal der Grat zwischen hehren Vorsätzen und den ökonomischen Gesetzen des Gewerbes ist, zeigte sich auch bei der diesjährigen Tour de France. Erstmals seit 2012 wagte sich die ARD wieder an eine Liveübertragung, als „Presenter“ gewann man den Kochplattenproduzenten Bora. Normalerweise ein eher unwichtiges Detail, aber: Dasselbe Unternehmen nahm gleichzeitig als Namenssponsor

des deutschen Rennstalls „Bora-Argon 18“ an der Tour teil. Das Objekt der Berichterstattung als Sponsor dieser Berichterstattung? Das sei so ähnlich, „als würde die Elefantenrunde nach politischen Wahlen eingeleitet mit: ‚Diese Sendung wird präsentiert von CDU und SPD‘“, kommentierte der *Tagesspiegel*.

Versierter Rechercheur wechselt die Seiten. Mitunter gibt es erstaunliche Personalrochaden. Im April trat der langjährige Sportredakteur der *Süddeutschen Zeitung* Christopher Keil seinen neuen Job beim FC Bayern München an: die neu geschaffene Position des Leiters Public Affairs. Keil soll demnach künftig „den Vorstand bei der Gestaltung von relevanten gesellschaftlichen Themen unterstützen“. Was immer das bedeuten mag: Mit Keil wechselte ein versierter Rechercheur, der zuletzt im Investigativ-Ressort unter Leitung von Hans Leyendecker arbeitete, die Seiten.

Akribische Recherche, selbst allzu kritisches Nachfragen sind im Sportjournalismus nicht unbedingt die Regel. Und wenn es dann doch mal passiert, kommt es gelegentlich zu Kollisionen. Wie beim berühmtesten Zoff des Fußballjahres 2014, als nach dem glücklichen 2:1-Sieg über Algerien der deutsche Abwehrhüne Per Mertesacker ZDF-Reporter Boris Büchler rüde abmeierte („Was wollnse?“ „Is’ mir völlig wurscht!“). Ein Verbalgefecht, das auf Youtube mittlerweile an die vier Millionen Mal geklickt wurde. Nicht unbedingt ein typisches Beispiel für den Umgang zwischen Sportlern und Berichterstattern, aber doch ein Indikator dafür, dass sich das Machtverhältnis zwischen beiden Parteien verschoben hat. Es traue sich kaum noch jemand, einen Spitzensportler hart anzugreifen, weil er als Konsequenz keinen Zugang mehr zu ihm bekomme, urteilte unlängst Professor Thomas Schierl, Geschäftsführender Leiter des Instituts für Kommunikations- und Medienforschung an der Deutschen Sporthochschule Köln. „Unliebsame Journalisten kann man im Sport komplett aushungern, und das wird auch ganz konsequent gemacht.“ Der Spitzensport steuere über seine Gunst sehr genau, wie Journalisten sich zu verhalten hätten.

Auch die Athleten stehen unter Druck. Mediens Schulungen sollen dazu beitragen, dass unerfahrene Jungspieler sich gegenüber den Kommunikationsprofis nicht verplappern. Das Ergebnis ist eine Stillblütensammlung der immer gleichen sprachlichen Versatzstücke („von Spiel zu Spiel denken“, „müssen unsere Leistung abrufen“, etc.), die die Feldreporter nach jeder Bundesligapartie einsammeln. Wie groß das Misstrauen vieler Sportler gegenüber den Berichterstattern inzwischen ist, belegt auch die jüngere Praxis, bei Gesprächen auf dem Spielfeld oder auf der Ersatzbank die Hand vor den Mund zu halten – ein Selbstschutz gegen speziell geschulte Lippenleser, die unbotmäßige Sprüche oder taktische Weisungen an die Medien weitergeben und Spieler auf diese Weise kompromittieren.

Den Rest erledigt der Markt. Das lässt sich im Fußball, aber auch in anderen populären Sportarten gut an der Interviewpraxis nach Bundesliga- oder Länderspielen ablesen. In der „Mixed Zone“ herrscht eine klare Hierarchie, die sich an der Wertigkeit der jeweiligen Übertragungsrechte orientiert: Zuerst kommt der Hauptzähler und Pay-TV-Sender „Sky“, dann ARD und ZDF. Auf der anschließenden Pressekonferenz für alle werden die gefüttert, die gar nichts zahlen – das sind vor allem die Printmedien. In der englischen Premier League werden Interviewtermine mit Fußballspielern nahezu ausschließlich von Sponsoren ermöglicht. Dies wird zwar durch einen entsprechenden Hinweis am Textende transparent gemacht. Eine Garantie, dass sich der Einfluss des jeweiligen Sponsors darauf beschränkt und nicht auch inhaltliche Aspekte des Interviews tangiert, gibt es allerdings nicht.

Offene Korruption. Gar nicht so selten erliegen Sportjournalisten den Versuchungen des Gewerbes. Dabei geht es nicht um die kleinen Gefälligkeiten, die akkreditierten Berichterstatter bei Sportevents genießen, etwa das mehr oder weniger opulente Büffet bei Bundesligaspielen. Längst greifen in der Milliarden Euro umsetzenden Branche Methoden offener Korruption um sich, die man bisher eher vom Motor- oder Reisejournalismus kannte. Das hat auch mit dem Auftreten

Motorsport: Lewis Hamilton bei der FIA Formel Weltmeisterschaft 2015, Großer Preis von Spanien.



Foto: dpa / HOCHZWEI

neuer Player im Sport zu tun, etwa autoritären Regimes, die sich mit der Ausrichtung großer Events profilieren wollen.

Zum Beispiel Katar. Die Enthüllungen über menschenunwürdige Arbeits- und Lebensbedingungen der Wanderarbeiter auf den Baustellen der Fußball-WM 2022 haben nicht verhindert, dass diese Diktatur eine hochkarätige Veranstaltung nach der anderen an sich zieht. Zur Handball-WM der Männer im Januar dieses Jahres schickte das Regime, vermittelt über den von Katar gesponserten Welthandballverband (IHF), eine Einladung an Hunderte von internationalen Journalisten, über das Ereignis zu berichten. Die Kosten übernahm der Verband: Flug, Unterkunft für zweieinhalb Wochen, all inclusive. Insgesamt soll Katar für 680 der 1.711 akkreditierten Medienvertreter auf diese Weise gesorgt haben, berichtete der freie Journalist Jens Weinreich in seinem Blog.

Nach Auskunft von Oliver Kalle, dem Sprecher des Deutschen Handballbundes, seien auch „etwa 20 Medienvertreter aus Deutschland über diese IHF-Einladung vor Ort“ gewesen. Klar gebe es den „Zusammenbruch des freien Marktes“, argumentierte Weinreich, „man kann darüber debattieren, dass die Honorare lausig sind und sich kaum ein herkömmliches Medium an Reisekosten beteiligt“. Das alles entbinde die Journalisten nicht von ihrer Verantwortung. Denn: „Sponsored by Katar geht gar nicht“. Entsprechende Hinweise auf dieses großzügige Sponsorship – womit zumindest ein Minimum an

Transparenz hergestellt worden wäre – habe er in den betroffenen Medien nirgendwo gefunden. In der Rangliste der Pressefreiheit von Reporter ohne Grenzen liegt Katar auf Rang 113 von 180 gelisteten Nationen.

Breite Gegenöffentlichkeit. So weit, so schlecht. Aber es gibt auch positive Entwicklungen. Während der 1. Europaspiele im aserbaidschanischen Baku im Juni sah sich das Regime des Despoten Ilham Alijew erstmals mit einer breiten Gegenöffentlichkeit konfrontiert. Auch hierzulande berichteten Medien von taz bis FAZ über die massiven Einschränkungen der Pressefreiheit im Umfeld der Spiele, über willkürliche Verhaftungen von Oppositionellen und andere Menschenrechtsverletzungen. Der Plan des Regimes, nach dem Eurovision Song Contest vor drei Jahren mittels eines großzügig subventionierten Sportevents eine weitere Propagandaschau abzuziehen, ging nur teilweise auf. Großen Anteil daran hatte die Journalistenorganisation Reporter ohne Grenzen, die lange vor den Spielen die Medien über die Zustände in der Kaukasusrepublik informiert hatte. Unter dem Eindruck dieser Aufklärungskampagne verabschiedete sogar der Deutsche Bundestag eine Resolution, in der die Verletzung der Menschenrechte angeprangert wurde. Die Bundesregierung wurde aufgefordert, die Regierung in Baku zur Gewährung von Pressefreiheit für einheimische wie ausländische Journalisten und Internetaktivisten zu drängen. ■

Nähe versus Kritik

Gespräch mit Erich Laaser, Präsident des Verbandes Deutscher Sportjournalisten

M | Sportjournalisten verstünden sich eher als „Schützer des Sport“ denn als Aufklärer, sagte der renommierte Dopingexperte Werner Franke in einem Interview Ihres Verbandsorgans „SPORTjournalist“. Was ist dran an dieser Einschätzung?

ERICH LAASER | Aus seiner Sicht kann ich das nachvollziehen. Er ist ja ein Aufklärer. Er versucht seit 20, 30 Jahren, das, was man den Dopingsumpf nennt in unserem Land, trocken zu legen, und da hat er ja auch einige Erfolge vorzuweisen. Ich glaube, dass der erste Impuls für jemanden, der als junger Mensch Sportjournalist werden will, sicherlich nicht der aufklärerische Aspekt ist, sondern zunächst mal das Interesse, vielleicht auch die Liebe zum Sport. Ich kann aber auch verstehen, dass nach Ansicht von Franke viele in dieser Branche zu nah am Sport sind und nicht kritisch genug.

Zum Beispiel Radsport. Erstmals seit einigen Jahren überträgt die ARD die Tour wieder live. Als „Presenter“ tritt die Firma Bora auf, die gleichzeitig auch Namenssponsor des deutschen Rennstalls „Bora Argon 18“ ist. Das erinnert an den Sündenfall der ARD, die geradezu symbiotische Beziehung mit dem Team Telekom und seinem später des Doping überführten Star Jan Ulrich.

Die Parallele ist offensichtlich. Der Sündenfall wird von den öffentlich-rechtlichen Sendern immer wieder vollzogen. Man kauft Sportrechte teuer oder weniger teuer ein und präsentiert diesen Sport dann auch als Ware. Und wenn man ihn verkaufen will, das ist eine Binse, darf man nicht zu kritisch mit ihm umgehen.

Wie kritisch dürfen Sportreporter sein? Wer allzu investigativ nachfragt, riskiert seine Informanten zu verlieren, Kontakte einzubüßen. Ist es wirklich so krass?

Wer zu kritisch mit manchen Dingen umgeht, der bekommt einfach

keine Informationen mehr. Auf Schalke werden zum Beispiel Journalisten schon mal gezielt eingeladen, um mit ihnen im kleinen Kreis etwa über die Finanzen zu reden. Und Kollegen, die vorher nicht so berichtet haben, wie der FC Schalke das gern möchte, sind dann nicht

„Der Sündenfall wird von den öffentlich-rechtlichen Sendern immer wieder vollzogen.“

dabei. Der Herr Tönnies (Vorstandsvorsitzender von Schalke 04, Red.) stellt da einfach die Frage: Sind Sie eigentlich Schalcker? Viele meinen: Wer nicht für Schalke ist, der ist gegen Schalke. Und der kriegt natürlich Ärger, sei es, dass er ausgesperrt wird von Informationen, aus der Sicht des Vereins, sei es, dass er mit Bier beschüttet wird, aus der Sicht der Fans. Beides sind Verhaltensweisen, die in dieser Gesellschaft eigentlich nicht zu tolerieren sind.

Die Live-Berichterstattung ist ja seit Jahren das Maß aller Dinge. Finden Sie es nicht auch bedauerlich, dass der Anteil von kritischen Hintergrundinformationen im Sport so verschwindend gering ist?

Das würde ich erst mal bestreiten. Natürlich erschlägt die Live-Berichterstattung in erster Linie alles andere, weil da so genannte Events zelebriert werden. Die werden als solche eingekauft und dementspre-



Foto: dpa / Kay Nietfeld

Der Verband Deutscher Sportjournalisten (VDS) ist der Berufsverband der hauptberuflichen Sportjournalisten in Deutschland. Derzeit gehören ihm ca. 3.600 Journalistinnen und Journalisten an. Präsident ist seit 1999 der 63-jährige TV-Moderator Erich Laaser.

chend auch vermarktet. Aber es gibt auch anderes – man muss es nur finden. Wir vergeben einmal im Jahr den VDS-Fernsehpreis. Da bekomme ich zwischen 30 und 40 Beiträge eingeschickt, und da sehe ich den kritischen Sportjournalismus in Deutschland. Die Sendeplätze sind allerdings meist am späten Abend und nur Insidern bekannt. Und da sind wir auch schon bei „Sport Inside“ (eine halbstündige wöchentliche Sportsendung im WDR-Fernsehen, Red.). Es gibt diese Art kritischer Auseinandersetzung mit dem Sport immer wieder, und dafür darf man dann auch dankbar sein.

Viele kleinere Sportverbände kritisieren immer wieder die Fußball-Monokultur in der TV- Sportberichterstattung. Kürzlich lief im Hauptprogramm von ARD und ZDF am selben Abend je ein Fußballspiel – eines von der Frauenfußball-WM, ein weiteres von der U21-EM der Männer. Aber die hohe Publikumsresonanz scheint den Sendern Recht zu geben, oder?

Eine Frauenfußball-WM ist natürlich ein Ereignis. Die Quoten sind nicht so schlecht, es sind sechs, sieben, acht Millionen Zuschauer, die da gucken. Wenn aber die Sommerpause vorbei ist, dann spielt die Bundesliga wieder die erste Geige. Eine Monokultur läge dann vor, wenn der Fußball 90 Prozent der Sendeplätze im Sport bedecken würde. Es sind aber höchstens um die 25 Prozent. Ein Problem ist, dass viele Sportarten überhaupt nicht auftauchen. Da sehe ich die öffentlich-rechtlichen Sender übrigens mehr in der Verantwortung als andere. Sie haben ja den Programmauftrag, unsere Gesellschaft abzubilden. Viele Sportarten, jenseits des Fußballs haben Vorbildfunktion: Da geht es um Fairplay, um das Erlernen von Regeln, um gesundheitliche Aspekte. Hier besteht großer Nachholbedarf.

Der Deutsche Olympische Sportbund (DOSB) hat vor knapp einem Jahr mit sportdeutschland.tv einen eigenen Internetkanal gegründet, in dem auch

kleinere Disziplinen ihre Sportwettbewerbe präsentieren. Halten Sie das für den richtigen Weg?

Der DOSB hat fast 28 Millionen Mitglieder, ist also finanziell gut ausgestattet. Wenn ARD und ZDF sich nicht ausreichend engagieren, sollte er Verantwortung übernehmen. Daher habe ich schon vor Jahren für so einen Sportkanal in seiner Regie plädiert. Damals dachten wir zunächst alle an Fernsehen. Mittlerweile ist das Internet ja zu einer echten Konkurrenz geworden fürs Fernsehen. Von daher kann ich diesen Schritt hin zu einem Sportkanal, auf welcher Plattform auch immer, Hauptsache sichtbar für alle und kostenfrei, nur begrüßen.

Es gibt jetzt sportdeutschland.tv einerseits, demnächst auch noch einen Olympia-Kanal des Internationalen Olympischen Komitee (IOC). Im Grunde genommen berichtet da doch der Sport über sich selbst – keine guten Voraussetzungen für eine kritische Berichterstattung?

Kommt drauf an, wer das dann macht. Als die Bildberichterstattung der Fußball-Bundesliga von der Deutschen Fußball-Liga selbst übernommen wurde, war der Aufschrei zunächst mal groß. Aber das war zu kurz gedacht. In einem Bundesligastadion sitzen zehntausende Sportfans. Denen entgeht nichts. Da kann es sich die Deutsche Fußball-Liga überhaupt nicht erlauben, bestimmte Szenen – etwa Fehlentscheidungen des Schiedsrichters – nicht zu zeigen. Und das gleiche gilt ja für Berichterstattung über olympische Sportarten. Dafür gibt es immer die schreibende Presse und Fotografen als Korrektiv. Die werden sicher nicht alle vom IOC gegängelt werden. Eine unwahrscheinliche Berichterstattung kann sich in der heutigen Zeit niemand mehr erlauben.

Stichwort Korruption im Sportjournalismus. Geht es nicht entschieden zu weit, wenn ein repressives Regime wie das von Katar hunderte von Journalisten zur Berichterstattung bei der Handball-WM der Männer einlädt und sämtliche Kosten trägt?

Ich würde das in dem Moment verdammten, wenn man den Kollegen, die da waren, nachweisen könnte, dass dadurch die Berichterstattung gesteuert wurde. Wenn rauskäme, dass ihre Arbeit kontrolliert wurde und dass so eine wohlwollende Berichterstattung über Katar herbeigeführt wurde. Das war aber nach meinen Erkenntnissen nicht der Fall. Ich habe ein gewisses Verständnis für viele Kolleginnen und Kollegen, gerade die, die frei arbeiten, dass ihnen eine Reise nach Katar im Grunde genommen zu teuer ist, und dass sie dadurch kostengünstig dort hingekommen sind, um dann für ihren Lebensunterhalt zu schreiben.

Müsste nicht als Mindestvoraussetzung für die nötige Transparenz gesorgt werden? Im Reisetitel von Tageszeitungen steht mitunter der Hinweis auf Sponsoren.

Ja, es hat auch Zeitungen gegeben, die es deswegen abgelehnt haben, bzw. andere, die genauso verfahren. Das Mindeste wäre, am Ende eines Artikels zu schreiben: Der Veranstalter der Handball-WM hat unseren Kollegen eingeladen, von dort zu berichten. Verbunden mit der Aufforderung: Wenn Sie etwas an dieser Berichterstattung auszusetzen haben, dann melden Sie sich bitte bei uns. Ein solcher Dialog mit dem Leser, Hörer oder User ist ja heute durchaus zeitgemäß.

In westlichen Ländern scheitert die Ausrichtung hochkarätiger Sportevents wie Olympische Spiele neuerdings verstärkt an ablehnenden Plebisziten der Bevölkerung. Daher finden solche Ereignisse immer häufiger in Diktaturen statt, in denen massive Menschenrechtsverletzungen an der Tagesordnung sind. Wie sollten Sportjournalisten ihre Rolle in solchen Konflikten definieren?

Es ist mit Aufgabe der Sportjournalisten, etwa bei Olympiabewerbungen, kritisch abzuwägen, was bringt das für dieses Land? Was bringt es für die Bürger und wo schadet es den Interessen der Bevölkerung, der Natur, usw. Das ist eine ureigene Aufgabe der Sportmedien, und die wird zum großen Teil auch gut erfüllt. Das hat ja mit dazu geführt, dass München mit seiner Olympiabewerbung so baden gegangen ist letztes Jahr.

Günter Herkel ■

Nischensport im Internet

sportdeutschland.tv und Olympischer Sportkanal – Online-Kanäle der Verbände

Fußball, Fußball, immer nur Fußball – die Klage über eine sportliche Monokultur im deutschen Fernsehen ist nicht neu. Kleinere Sportarten haben es tatsächlich schwer, sich gegen König Fußball durchzusetzen. Das liegt nicht nur am Quotendenken der Sender. Häufig gelingt es den Verbänden nicht, die eigenen Leistungen medienattraktiv zu präsentieren. Beim Deutschen Olympischen Sportbund griff man im vergangenen Jahr zur Selbsthilfe. Mit sportdeutschland.tv existiert neuerdings ein Online-Sportkanal, in dem dutzende vom frei empfangbaren Fernsehen ignorierte und vernachlässigte Sportarten und Events zu sehen sind, in Form von Video on demand oder auch im Live-Stream.

Oliver Beyer mag das ewige Lamento von Sportlern und Funktionären nicht mehr hören. „Wir haben das ja oft, dass nach den Öffentlich-Rechtlichen gerufen wird für einzelne Sportevents oder Sportarten“, sagt er. „Unser Ansatz ist, zu sagen: Beschwer euch nicht immer nur, dass ihr nicht zu sehen seid, sondern nehmt die Sache selber in die Hand.“

Beyer ist Geschäftsführer von DOSB New Media, einer Tochter des Deutschen Olympischen Sportbundes. Ein gutes halbes Jahr nach dem Launch der Internet-Plattform im August 2014 zog Beyer eine stolze Zwischenbilanz. Fünf Millionen User mit neun Millionen Seitenklicks, Bilder und Berichte von rund 50 Sportarten. Es gehe darum, den einzelnen Verbänden und Sportarten eine zentrale Infrastruktur zur Verfügung zu stellen. So lässt sich umständlicher Mehrfachaufwand vermeiden: Rechteerwerb, Technik, redaktionelle Betreuung – das alles liefert der DOSB aus einer Hand. Ein echter Scoop gelang sportdeutschland.tv mit der Übertragung der Volleyball-WM der Männer im vergangenen September. Von der ARD ignoriert, vom Privatsender Sport 1 nach Problemen mit den Lizenzrechten fürs Free TV wieder fallengelassen, sprang der DOSB-Kanal ein und übertrug live alle WM-Partien der deutschen Nationalmannschaft im Internet. Mit- samt dem kleinen Finale gegen Frankreich, in dem die Deutschen Bronze erkämpften. Dafür erntete man Anerkennung in der Sportwelt.

Keine Konkurrenz. Bei den Öffentlich-Rechtlichen wird der neue Medienplayer nicht als Konkurrent angesehen. Eher als jemand, der komplementär über Sportarten berichtet, die in den großen Sendern auch aus Quotengründen meist durch den Rost fallen. ARD-Sportkoordinator Axel Balkausky begreift sportdeutschland.tv vielmehr als „eine Möglichkeit für Verbände, ihre Archive zu nutzen, all die Dinge zu tun, die wir in der Form gar nicht machen können“.

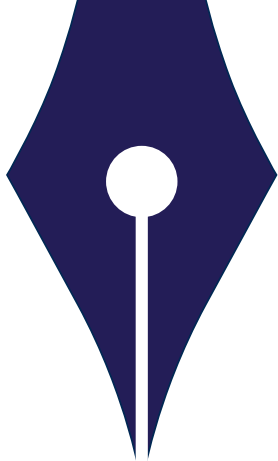
Steigt das Nutzerinteresse weiter so rasant an, will der DOSB mit der Plattform auch Geld verdienen – schließlich soll sie sich eines Tages selbst tragen. Daher kooperiert DOSB New Media in der Videoclip-Vermarktung mit einer Tochter der RTL-Gruppe. Eine Bereicherung für die Freunde auch nicht so massenattraktiver oder gar Nischen-Sportarten ist sportdeutschland.tv allemal.

Problematisch erscheint allerdings die Konstruktion, dass hier Sportverbände im Grunde über sich selbst berichten. „Natürlich spricht nichts dagegen, dass die Verbände sich im Netz präsentieren und den Nachwuchs für den Sport begeistern“, sagt Cornelia Haß, Bundesgeschäftsführerin der dju in ver.di. Aber hier gelte, was auch ansonsten Standard sei: „Journalismus ist nicht PR und redaktionelle Inhalte müssen strikt getrennt sein von werbenden.“

New-Media-Geschäftsführer Oliver Beyer wiegelt ab. Die Kriterien professioneller Sportberichterstattung mag er einstweilen auf sportdeutschland.tv nicht anwenden. Da gehe es auch gar nicht um journalistische Kategorien. „Die wollen erst mal zeigen, Volleyball oder Wakeboarden sind ein toller Sport.“ Was aber, wenn demnächst doch in einer DOSB-Sportart mal wieder ein Dopingfall oder ein Verbandsskandal ruchbar wird? Laut Beyer gibt es „keine Stallorder in die eine oder andere Richtung“.

In Kürze zieht das Internationale Olympische Komitee (IOC) nach. Ein eigener TV-Kanal ist auch zentrales Projekt der „Agenda 2020“ des deutschen IOC-Präsidenten Thomas Bach. Bis 2016 soll in Spaniens Hauptstadt Madrid eine 100-köpfige Redaktion aufgebaut werden, teilte unlängst die Produktionsfirma Olympic Broadcasting Services mit. Auch hier sieht ARD-Sportchef Balkausky keine Konkurrenzsituation. Nach seiner Kenntnis werde der IOC-Sender die Sportberichterstattung des Ersten nicht beeinflussen, „da es sich hierbei nicht um Rechte handelt, die sich im Portfolio der ARD befinden“. Eine Aussage, die in wenigen Jahren noch zutreffender sein dürfte. Soeben verkaufte das IOC die europaweiten TV-Rechte für die Olympischen Spiele 2018 bis 2024 an den US-Konzern Discovery Communications. Damit dürften die Sommerspiele in Brasilien vorläufig die letzten sein, bei denen die TV-Berichterstattung aus deutscher Perspektive erfolgt. An die Stelle von ARD und ZDF tritt nach Lage der Dinge die Discovery-Tochter Eurosport. Bleibt abzuwarten, ob die Öffentlich-Rechtlichen wenigstens über Sublizenzen zum Zuge kommen. **Günter Herkel ■**

The screenshot shows the website interface for sportdeutschland.tv. At the top, there is a navigation bar with a menu icon, the site name 'SPORTDEUTSCHLAND.TV', a search icon, a home icon, and a dropdown menu for 'SPORTARTEN'. Below this is a secondary navigation bar listing various sports: BEACHVOLLEYBALL, VOLLEYBALL, BASKETBALL, TISCHTENNIS, HANDBALL, BASEBALL, BADMINTON, and MEHR | IMPRESSUM. The main content area features a large banner for the 'DOSB SEGEL-BUNDESLEGA' with an image of sailors on a boat. Below the banner, there are several event cards. One card for 'BEACHVOLLEYBALL' shows a match on 05.07.2015. Another card for 'KITESURFEN' highlights the 'Kitesurf Cup Sylt 2015' as a live event on 06.07.2015. A 'LIVESTREAMS' section on the right lists 'SEGELN Regatta Warnemünde - Tag 3' and 'KITESURFEN Kitesurf Cup Sylt 2015'. At the bottom, there are more event cards, including 'BASEBALL München-Haar Disciples vs. Heidenheim Heideköpfe' and 'WAKEBOARD LIVE: Wake-Masters - München'.



Kooperation statt Konkurrenz

Ein Jahr weltweite Journalistenplattform Hostwriter – dju ist Partner

„Wäre es nicht großartig, eine Suchmaschine zu haben für Kollegen in aller Welt?“ Diese Idee verwirklichten die drei deutschen Journalistinnen **Tabea Grzeszyk, Tamara Anthony und Sandra Zisti** vor einem Jahr mit **Hostwriter**, einer Non-Profit-Plattform, die mittlerweile über 1.100 Mitglieder aus 73 Ländern vernetzt.

Unter dem Motto „Find a story, find a colleague, find a couch“ unterstützt das Netzwerk Medienschaffende dabei, gemeinsam Themen zu bearbeiten und zu recherchieren, Hintergrundinfos und Kontakte auszutauschen oder einen Schlafplatz bei Kollegen zu finden. Budgetkürzungen in den Redaktionen und Ellenbogenjournalismus wollen die drei Gründerinnen mit einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit begegnen: „Kooperation statt Konkurrenz“.

dju in ver.di
Partner von Hostwriter

Die Deutsche Journalistinnen- und Journalisten-Union (dju) in ver.di ist Partnerorganisation der gemeinnützigen Plattform **hostwriter.org**. Als Partnerorganisation hat sie für ihre Mitglieder einen Zugangscode für die Anmeldung auf der Plattform erhalten. Der Einladungscode wurde per Mail an alle Mitglieder versandt. Mit diesem Code ist es möglich, sich auf **hostwriter.org** zu registrieren und ein eigenes Profil anzulegen. Wer in seinem Profil angibt, Mitglied der dju zu sein, kann später von anderen Journalistinnen und Journalisten in Deutschland und der Welt auch als dju-Mitglied gefunden werden und nach anderen dju-Mitgliedern, die auf **hostwriter** registriert sind, suchen.

<http://hostwriter.org>

<http://blog.hostwriter.org/apply-for-hostwriterprize/>

<http://dju.verdi.de/ueberuns/nachrichten>

hostwriter

Journalisten, Blogger und Dokumentarfilmer können sich registrieren lassen, wenn sie durch Arbeitsproben nachweisen, dass sie journalistisch tätig sind. Mitglieder von kooperierenden Journalistenverbänden wie der dju in ver.di dagegen werden mit einem Einladungscode automatisch freigeschaltet. Den Kontakt ermöglicht eine Suchmaske im „globalen Adressbuch“ mit Angaben zu Themenschwerpunkten, Medium, Sprachen und Wohnort der registrierten Hostwriter.

„Der größte Batzen der Mitglieder“ stammt mit über 650 aus Deutschland, sagt **Tabea Grzeszyk**, denn hier startete das Trio, das sich aus dem **Journalists Network** kennt, mit seinen privaten Kontakten. Danach folgten europäische Länder wie Großbritannien, dann die USA, Indien, Ägypten, Mexiko, Türkei und Irak. Auf die Frage, welche Kooperationen zwischen Medienschaffenden über **Hostwriter** entstanden sind, antwortet sie: „Wir tracken derzeit aus Datenschutzgründen nicht, arbeiten aber daran, in Zukunft besser zu verfolgen, wie **Hostwriter** genutzt wird – aber ohne **Google Analytics**.“

Neben der „Demokratisierung von Kontakten“ geht es auch darum, die journalistische Qualität der (internationalen) Berichterstattung zu steigern. „Die Welt globalisiert sich und der Journalismus muss das auch“, meint **Sandra Zisti**. Durch länderübergreifende Recherchen könnten „andere Geschichten erzählt“

hostwriter in three sentences

hostwriter is a non-profit network for journalists. Our aim is to connect colleagues all over the world. By joining hostwriter you can search and find media professionals for research and collaboration – or even an accommodation with a colleague.

werden – etwa über Migrationsströme, globale Arbeitsbedingungen von Putzfrauen oder Kindermädchen, so ihre Kollegin **Tabea Grzeszyk**.

Gute Kooperationen und Berichterstattung werden mit dem **Hostwriter-Preis** ausgezeichnet, der im vergangenen Jahr erstmalig vergeben wurde. Gewinner war das **Climate News Mosaic** mit Journalistinnen und Journalisten aus Brasilien, Costa Rica, Deutschland, Italien, Israel, Kanada, Philippinen, Großbritannien, USA und Swasiland, die über den Klimawandel weltweit berichten. Bewerbungsschluss für den mit mehreren tausend Euro dotierten **Hostwriter-Preis 2015** ist der 31. Juli.

Alle **Hostwriter** verpflichten sich in einem Ethikkodex, die Plattform nicht für berufsfremde Zwecke zu missbrauchen, etwa für Übernachtungssuche oder Datings. Mittels der Funktion „Report a Violation“ kann man Missbräuche melden. So soll etwa verhindert werden, dass **Stringer** in Entwicklungsländern ausgenutzt werden, indem sie nur wenig Geld für Infos bekommen und ihr Name in einem Beitrag ungenannt bleibt. Bisher sei noch kein Ethikverstoß gemeldet worden, sagt **Grzeszyk**, aber beim Honorarteilen gebe es noch „Gesprächsbedarf“.

Der Service ist kostenlos, denn die Gründerinnen arbeiten ehrenamtlich und die Aufwendungen werden zurzeit durch Stiftungsgelder finanziert. Wegen des großen Interesses an **Hostwriter** haben die drei engagierten Journalistinnen, die das Netzwerk nicht zu ihrem Hauptjob machen wollen, im Juni **Managing Director** **Kate Edwards** und **Felix Franz** für ihre Berliner Geschäftsstelle eingestellt. Damit **Hostwriter** trotz steigender Ausgaben weiterhin „for free“ genutzt werden kann und der Service nicht nur von den Stiftungsgeldern abhängig ist, wird jetzt „ein Geschäftsmodell entwickelt, das langfristig den Non-Profit-Bereich mittragen soll“, so **Sandra Zisti**.

Wegen des großen Interesses an **Hostwriter** haben die drei engagierten Journalistinnen, die das Netzwerk nicht zu ihrem Hauptjob machen wollen, im Juni **Managing Director** **Kate Edwards** und **Felix Franz** für ihre Berliner Geschäftsstelle eingestellt. Damit **Hostwriter** trotz steigender Ausgaben weiterhin „for free“ genutzt werden kann und der Service nicht nur von den Stiftungsgeldern abhängig ist, wird jetzt „ein Geschäftsmodell entwickelt, das langfristig den Non-Profit-Bereich mittragen soll“, so **Sandra Zisti**.

Abbildungen: hostwriter.org



Tamara Anthony



Tabea Grzeszyk



Sandra Zisti

Abbildungen: hostwriter.org

Wegen des großen Interesses an **Hostwriter** haben die drei engagierten Journalistinnen, die das Netzwerk nicht zu ihrem Hauptjob machen wollen, im Juni **Managing Director** **Kate Edwards** und **Felix Franz** für ihre Berliner Geschäftsstelle eingestellt. Damit **Hostwriter** trotz steigender Ausgaben weiterhin „for free“ genutzt werden kann und der Service nicht nur von den Stiftungsgeldern abhängig ist, wird jetzt „ein Geschäftsmodell entwickelt, das langfristig den Non-Profit-Bereich mittragen soll“, so **Sandra Zisti**.

Bärbel Röben ■

Weniger einsame Wölfe

Schlaglichter: Netzwerk Recherche ermuntert zu Selbstkritik und Veränderung

Recherche im gemischten Team löst die des „einsamen Wolfes“ ab, die Berichterstattung wird vielfältiger und globaler, das Publikum misstrauischer, die Machteliten blocken. Herausforderungen wie diese diskutierten die rund 700 Teilnehmenden der Jahreskonferenz des Netzwerks Recherche (nr) Anfang Juli beim NDR in Hamburg – in etwa 100 Veranstaltungen unter dem Motto „Schreiben.Zeichnen.Senden. Jetzt erst recht“.

Während der zwei Tage veröffentlichten Hamburger Studierende *Nestbeschmutzer* – ein Blatt, das den selbstkritischen Tenor der Konferenz aufnimmt. Dieser zeigte sich besonders in den gesellschaftspolitischen Debatten – etwa zum „Journalismus in Zeiten von Pegida, Medienbeschimpfung und Aus-

„Betonkopf“ präsentierten, der „völlig durchdreht“ mit seinem „Monsterstreik“. Die persönliche Hetze habe ihn weniger gestört als die fehlende Berichterstattung über Ursachen des Streiks – wie lange Arbeitszeiten, Übermüdung der Lokführer. Ab Januar 2015 seien kritische Journalisten „aber ganz anders unterwegs“ gewesen. Wegen der „zeitlichen Nähe zum Tarifeinheitsgesetz“, vermutet er. Während Weselsky das „mediale Stahlbad“ noch relativ unbeschadet überstanden habe, seien andere hinterher traumatisiert, berichtet Medienanwalt Christian Schertz. In den vergangenen fünf Jahren häuften sich die Fälle, in denen die Medien den „Volkszorn“ aktivierten, um die „Klick- und Verkaufszahlen in die Höhe zu treiben“. Medienkritiker Moritz Tschermak stellt nach der sensationsheischenden Berichterstattung über den Germanwings-Absturz im März eine Zäsur fest: „Es gab starke Reaktionen aus der Leserschaft, warum man diese Art von Bildern nicht mehr sehen will.“

Kontrovers gestaltete sich die Debatte über „Recherche bei Geheimdiensten“ mit Gerhard Schindler, Präsident des Bundesnachrichtendienstes (BND). Dem Kanzleramt unterstehend präsentiert er sich als loyaler Beamter: „Ich habe doch keine Meinung, ich habe ein Amt!“ Zu Skandalen wie Bespitzelung von Journalisten und Verwendung von NSA-Selektoren sagt er, seine Behörde sei „in vielen Bereichen bei der Gesetzesauslegung hart an die Grenzen gegangen“. Man brauche klarere gesetzliche Grundlagen. Mit fehlenden Rechtsgrundlagen begründet er auch Blockadehaltungen – etwa als Albrecht Ude, der das nr-Projekt „Frag den Dienst“ koordiniert, ihn fragt, warum die Behörde Journalisten keine Auskunft darüber gibt, welche Daten über sie gespeichert sind. Elmar Theveßen, stellvertretender ZDF-Chefredakteur, beklagt, dass die parlamentarische Kontrolle der Geheimdienste in Deutschland mit der wachsenden Terrorangst seit 9/11 nicht mehr funktioniert. Georg Mascolo kritisiert, dass die Parlamente wichtige Informationen über die Nachrichtendienste erst von Journalisten erhalten. In „geschlossenen Systemen“ wie dem BND könne sich „der Sprengstoff noch beim kleinsten Sachbearbeiter in der Schublade befinden.“ Quellenschutz sei da unabdingbar, man müsse aber die Recherchewege und Belege transparent machen.

Recherche im Team. Um Transparenz, aber auch organisatorische Veränderungen der Recherche und Datenjournalismus ging es in vielen praxisorientierten Panels. Früher arbeitete der investigative Journalist als „einsamer Wolf“, heute sind die Geschichten so komplex und global geworden, dass die Informationsmenge nur noch im Team zu bewältigen ist, sagt Marina Walker, stellvertretende Direktorin des International Consortium for Investigative Journalism (ICIJ). In dem Nonprofit-Netzwerk, das 1997 in Washington gegründet wurde, arbeiten mittlerweile etwa 190 investigative Journalistinnen und Journalisten aus 65 Ländern zusammen – an grenzüberschreitenden Themen wie



Fotos: Wulf Rohwedder

Diskussionsrunde:
„Im Visier der Meute“ mit
Moritz Tschermak, Claus
Weselsky, Kuno Haberbusch
und Christian Schertz (v.l.n.r.)

länderhetze“ oder zum „Griechenbashing“ in deutschen Medien, das 68 Prozent der Bundesbürger auf Schäuble-Kurs brachte: Die griechische Regierung hat ihre „Hausaufgaben nicht gemacht“ und ist schuld am Scheitern der Verhandlungen mit der Eurogruppe. In solchen Narrationen werde die griechische Perspektive vernachlässigt, kritisiert *Handelsblatt*-Redakteur Norbert Häring – etwa mit Blick auf Brüssel-Korrespondent Rolf-Dieter Krause. „Ein unreflektierter deutscher Nationalismus“ stecke hinter der einseitigen, moralisch aufgeladenen Berichterstattung, konstatiert *taz*-Wirtschaftsredakteurin Ulrike Hermann. „Wir deutsche Steuerzahler müssen für die Griechen zahlen“, wird argumentiert, ohne die ökonomischen Hintergründe differenziert zu beleuchten: „Dass der griechische Staat nicht funktioniert, wird durch Troika-Politik nicht besser!“ Marc Beise, Leiter des *SZ*-Wirtschaftsressorts, widerspricht. Journalisten dürften durchaus ihre – auch regierungskonforme – Meinung artikulieren. Verwerflich seien aber Kampagnen wie in der *Bild*-Zeitung und einigen *Focus*-Titeln.

Wie solche Kampagnen auf die Betroffenen wirken, thematisierte die Diskussionsrunde „Im Visier der Meute“. „Man muss abgebrüht sein, wenn man eine Aufgabe übernimmt“, sagt Claus Weselsky, Chef der Lokführergewerkschaft GDL, den Medien etwa als

Verbrechen, Korruption, Machtmissbrauch. Das ICIJ, das zu zwei Dritteln stiftungsfinanziert ist, übernimmt die Koordination der Projekte und wertet die Daten aus, erläutert Mar Cabra, Leiterin der Data-Abteilung. Es bilden sich Teams nach Kompetenzen, Empathie, Vertrauen, die sich dann in virtuellen Newsrooms oder bei persönlichen Treffen austauschen. Die Teams bestehen zumeist aus Mitarbeitern der Partnermedien, die auch von diesen bezahlt werden. Selten engagiert das ICIJ selbst Freelancer. Die größten Chancen hätten diese, wenn sie selbst eine eigene Story einbringen. Als einen Meilenstein in der ICIJ-Geschichte nennt Vizechefin Walker das Projekt „OffshoreLeaks“, in dem 2,5 Millionen Dokumente zu Steueroasen in der ganzen Welt ausgewertet wurden. Im April 2013 berichteten dann Medienpartner in 46 Ländern gleichzeitig darüber – in Deutschland waren es damals der NDR und die *Süddeutsche Zeitung*. Im Februar dieses Jahres landete das ICIJ mit „SwissLeaks“ seinen jüngsten Scoop.

Bedenken gab es im Plenum angesichts des ICIJ als „einer kleinen Gruppe, die darüber entscheidet, was in der Welt berichtet wird“. „Wir wollen maximalen Einfluss“, betont Walker, aber es gibt auch Medienorganisationen, die nicht mit uns zusammenarbeiten oder nur bei bestimmten Geschichten. Und es gibt ja auch kleinere „Wolfsrudel“, die kooperieren – wie der deutsche Rechercheverbund von SZ, NDR und WDR, geleitet von Georg Mascolo: „Eine Story wird besser, wenn du sie im Team bearbeitest.“ Im gemischten Team, denn: „Investigativ ist auch weiblich“, konstatierten Teilnehmende eines der Panels zum Fokus Frauen.

Netzwerke der Macht. Kooperationen besonderer Art sind „die Netzwerke der Reichen und Mächtigen“. In ihrem Buch „Cliqueswirtschaft“ untersucht die Ökonomieprofessorin Gisela Schmalz die erfolgrei-

chen Strukturen von Goldman Sachs, katholischer Kirche, Google und Mafia, um sie für zivilgesellschaftliche Organisationen und deren Ziele nutzbar zu machen. „Warum scheiterte die Occupy-Bewegung? Warum konnte sie sich nicht als Gegenmacht etablieren?“ fragte sie sich zu Beginn ihrer Analyse. Ergebnis: Die Netzwerke der Macht – Cliques, Gemeinden, Teams und Clans – agieren alle ähnlich, etwa bei der Anwerbung von Mitgliedern und Mitarbeitenden, die ihnen in Karriereweg und Auftreten gleichen. Nicht lose Internetbeziehungen, sondern starke persönliche Kontakte schweißen sie zusammen.

Wie können Journalisten diese Netzwerke der Macht analysieren und darüber berichten? Frederik Obermaier, investigativer Redakteur bei der *Süddeutschen Zeitung*, berichtet aus dem „OffshoreLeaks“-Projekt: „Wir sind bei der Suche nach Briefkastenfirmen erst in der zweiten Reihe fündig geworden, die wir vor allem durch Expertengespräche ermitteln konnten.“ In Zimbabwe sei Billy Rautenbach z. B. der „Mann fürs Geld“ von Präsident Robert Mugabe gewesen, auf den die Rechercheure durch die NGO Global Witness stießen. „Das Hauptproblem ist, unter den vielen Verbindungen die relevanten zu finden“, erklärt Julian Schmidli vom Daten-Team des Schweizer Radio und Fernsehen (SRF). Er untersuchte, wer von einem EU-Projekt aus Pharmaindustrie und Universitäten am stärksten profitiert. Datensätze wurden nach Verbindungen überprüft und die Erkenntnisse durch Expertengespräche vertieft. „Am Ende waren nicht das Geld wichtig, sondern die Beziehungen!“ Der deutsche Datenjournalist Marco Maas zeigt am Beispiel des ZDF Lobbyradar, wie Verbindungen zwischen Politikern und Lobbyisten mittels einer interaktiven Grafik anschaulich dargestellt werden können.

Bärbel Röben ■

<https://netzwerkrecherche.org/termine/konferenzen/jahreskonferenzen/nr15/>



Neuer Vorstand

Die neue nr-Spitze ist weiblich. NDR-Journalistin Julia Stein (Foto) wurde zur Vorsitzenden und Spiegel-Redakteurin Cordula Meyer zu ihrer Stellvertreterin gewählt. Renate Daum (Stiftung Warentest) ist Schatzmeisterin, Christina Elmer (Spiegel Online) Schriftführerin.

Beisitzer: Markus Grill (correct!v), Bernd Kastner (Süddeutsche Zeitung), Egmont E. Koch (freier Filmemacher) und Gert Monheim (früher WDR, „Die Story“).

Der Vorstand kooptierte weitere Mitglieder: Franziska Augstein, Kuno Haberbusch, Vera Linß, Ulrike Maercks-Franzen, Manfred Redelfs, Albrecht Ude, Marc Widmann.



Ulrich Chaussy ausgezeichnet für besondere publizistische Leistungen

Journalistenpreis Leuchtturm für „Dickbrettbohrer“ Ulrich Chaussy

Seine Ausdauer sei „einmalig im deutschen investigativen Journalismus“. Bei seinen über 30jährigen Recherchen zum Oktoberfestattentat in München habe er sich von Blockaden durch Politik und Polizei nicht entmutigen lassen. Mit dieser Begründung ging der diesjährige nr-Preis für besondere publizistische Leistungen, der „Leuchtturm“, an Ulrich Chaussy.

Als Journalist beim Bayerischen Rundfunk und Sachbuchautor gab Chaussy sich nicht zufrieden, als das Attentat auf dem Oktoberfest 1980 einem Einzeltäter „ohne politische Motive“ zugeschrieben wurde. In ihrer Laudatio nannte SZ-Gerichtsreporterin Annette Ramelsberger ihn einen „Dickbrettbohrer“, der alle mit ständigem Nachfragen nerve. Aber sie mussten ihn ernst nehmen, weil er so grundsollide sei, sich an Fakten halte statt an Verschwörungstheorien. Bereits 1985 trug Chaussy in einem Buch Informatio-

nen zusammen, die belegten, dass die Einzeltäter-Theorie nicht stimmen konnte. Doch erst 2014 wurden die Ermittlungen wieder aufgenommen – nachdem Chaussys Recherchen in einem Spielfilm thematisiert wurden. In seiner Dankesrede sagte der Preisträger, ohne Anwalt Werner Dittrich hätte er seine Arbeit nicht begonnen. Durchhalten konnte er, weil „andere Themen mich am Leben erhalten haben“ – vor allem Recherchen zu Rechtsradikalismus und eine Biografie über Rudi Dutschke.

Die „Verschlossene Auster“, den nr-Preis für den Informationsblockierer des Jahres, erhielt das Rüstungsunternehmen Heckler & Koch, das sich wegen der kritischen Berichterstattung über sein Sturmgewehr G36 an den Militärischen Abschirmdienst MAD wandte – „eine ganz neue Qualität“ von Pressefeindlichkeit. ■

Neue Freiheiten und Respektlosigkeit

Nach dem Frühling: Arabische Journalistinnen berichten in Bonn

Um aus erster Hand zu erfahren, wie Frauen in Ägypten und Tunesien im fünften Jahr nach dem arabischen Frühling in und außerhalb der Medien agieren können, hatte der Journalistinnenbund je zwei Kolleginnen aus den beiden Ländern eingeladen. Anlass dafür bot die Jahrestagung des Journalistinnenbundes Mitte Juni in Bonn, die in Kooperation mit Deutscher Welle und UN Women Nationales Komitee Deutschland stattfand.

Es ist mucksmäuschenstill im Gremiensaal der Deutschen Welle in Bonn. Auf der Leinwand werden Fotos aus der Serie „Stories of Change“ der ägyptischen Fotografin Eman Helal gezeigt. Es sind Momentaufnahmen aus der Zeit nach dem arabischen Frühling 2011: protestierende Menschenmassen und spielende Kinder, Soldaten mit Gewehr im Anschlag, kämpferische Frauen, fröhliche Mädchen oder sprachlose Menschen, in ihrer Blutlache liegende Tote und Porträts von Menschen, die durch gezielte polizeiliche Gummigeschossattacken erblindet waren. Diese Fotos zeigen das Kaleidoskop einer Neuordnung: Befreiendes und Bedrohliches, Wut und Empörung, Überlebenskampf und Siegeswille. Abbild eines realen Alltags in Ägypten, sie zeigen, was nach dem hoffnungsvollen Frühling kam. Es

brauchte einen Moment des Innehaltens – so erschütternd, intensiv sind diese Aufnahmen.

Eman Helal und Shahira Amin repräsentierten die ägyptische Sicht, Khawla Chabbeh und Nessrine Romdhani die tunesische. Sie eint die Berufung als leidenschaftliche Journalistinnen

genauso wie das Interesse, insbesondere über Frauen in ihren Gesellschaften zu berichten, deren Alltag und Lebensrealität abzubilden. Die Diskussion fokussierte sich auf zwei Aspekte: die aktuelle Arbeitssituation arabischer Kolleginnen sowie der Stand der Meinungsfreiheit und der Demokratisierung aus Frauensicht.

„Erst seit der Revolution kann man in Tunesien wirklich journalistisch arbeiten“, sagt die Hörfunkjournalistin Khawla Chabbeh. Viel sei im Land für Journalistinnen beruflich möglich geworden, neue spannende Berichtsfelder, z.B. der Blick in den zuvor eher unbeachteten ländlichen Raum. Und – so das Novum der Berichterstattung – als Frauen sei es ihnen möglich, „in die Häuser zu kommen“, Zugang zu Frauen und deren Problemen zu erhalten, der ihren männlichen Kollegen versperrt bliebe. Stolz berichteten Chabbeh und Romdhani vom gesellschaftlichen Druck in der Übergangsphase von der Revolution zur neuen Verfassung, um die von Frauen errungenen Freiheiten in tunesischen Gesetzen zu verankern.

Eman Helal,
Ägypten



Fotos: Jasmin Andresh

Mehr als die Hälfte der Journalisten seien weiblich. Sie arbeiteten höchst professionell und deckten auch gesellschaftlich brisante Themen auf, wie sexuelle Übergriffe auf Frauen. Dennoch gäbe es insbesondere für Journalistinnen große Akzeptanzprobleme. „Aggressionen gegen Journalistinnen gibt es von Männern und Frauen, von Polizisten, aber auch normalen Bürgern.“ Eine konservative, männlich geprägte Gesellschaft verhalte sich respektlos gegenüber starken Frauen. Chabbeh sagt: „Die Gesetzgebung hat zwar einiges für Frauen erreicht, aber es hakt an der Umsetzung.“

Die ägyptischen Kolleginnen beschreiben die Euphorie im Lande, dass Frauen in den Medien ihre Chance und Freiheit wahrnahmen und beherzt mit Kamera und Mikro berichteten, wem großen Anteil Frauen an den Umbrüchen hatten. Dennoch beklagen sie viele subtile und offene Anfeindungen gegen sich und enorme Einschränkungen ihrer Pressefreiheit. Wer sich auch nur ansatzweise kritisch gegenüber Präsident Al Sisi äußert, gerät in Verdacht, Anhänger der verbotenen Muslimbrüder zu sein. Das kann langjährige Haftstrafen nach sich ziehen.

Ob es die Berichte über sexuelle Belästigungen sind, die Eman Helal veröffentlicht, oder die massive Einschränkung der Pressefreiheit, die Shahira Amin dazu bewogen hatte, einen staatlichen Fernsehsender zu verlassen – sobald sie als selbstbewusste Journalistinnen ihre Aufgabe ernst nähmen, stünden sie in der Kritik, würden alte gesellschaftliche Stereotype greifen. „Lehrerin oder Ärztin kann eine Frau in Ägypten sein, aber sobald sie Journalistin ist, gilt sie als unanständig“, sagt Shahira Amin. Auch sexuelle Übergriffe kämen vor. „Man lebt in ständiger Panik.“

Und dennoch geben sich die Journalistinnen selbstbewusst und kämpferisch. „Frauen in der arabischen Welt sind durch die Revolution stärker geworden“, sagt Amin. „Aber wir müssen hart kämpfen, dass wir uns als Journalistinnen frei bewegen und berichten können.“

Das zeigt auch der Fall der Sendung „Frauen am Wendepunkt“, die von der Deutschen Welle Arabia produziert wird, und in der Helal als Gast sehr offen über Defizite in der ägyptischen Gesellschaft gesprochen hatte. Sie wurde danach abgesetzt und wird nicht mehr ausgestrahlt.

Die Kolleginnen wünschen sich professionellen Austausch und feministischen Rückhalt weltweit. „Gleichberechtigung in journalistischen Berufen ist wichtig“, sagt Shahira Amin. „Uns würde ein globales Journalistinnen-Netzwerk sehr helfen.“ Der erste Schritt ist getan. Dank des Austauschs mit dem Journalistinnenbund seien nach dessen Vorbild zwei Mentoring-Programme für Journalistinnen in Ägypten gestartet worden.

Ina Krauß ■



Khawla Chabbeh,
Tunesien



Shahira Amin,
Ägypten



Nessrine Romdhani,
Tunesien

Tariffucht bei der Westdeutschen Zeitung

„Wechselprämien“ sollen den Gehaltsverzicht kaschieren

Die Westdeutsche Zeitung GmbH & Co. KG will in Zukunft ihre publizistische Arbeit nicht mehr im Verlag selbst, sondern in einer hundertprozentigen Tochtergesellschaft, der WZ Content GmbH, im tariffreien Raum erstellen lassen. Das teilte die Geschäftsführung ihren Beschäftigten im Juni mit. Dafür sollen die Redakteure davon überzeugt werden, freiwillig neue Arbeitsverträge in der tariffreien Tochtergesellschaft zu unterschreiben.

Sorgen, dass nicht genug Redakteure wechseln, habe Chefredakteur Ulli Tückmantel laut *Handelsblatt* nicht. Er locke die Redakteure mit 2.500 Euro „Wechselprämie“ pro Kopf. Außerdem solle das Urlaubsgeld unverändert bleiben. Dafür müssten die GmbH-Journalisten auf bis zu 10 % Gehalt verzichten, das würde in variable Prämien umgewandelt. In der GmbH sollen die Redakteure nicht mehr nur für Print schreiben, sondern auch Videos drehen und Radiobeiträge produzieren. Die Erhöhung der vertraglichen Wochenarbeitszeit von 36,5 auf 40 Stunden falle nicht ins Gewicht, hieß es gegenüber den Beschäftigten, da schon heute die Arbeitszeit regelmäßig überschritten werde. Nur auf diesem Weg, so argumentieren Geschäftsführung und Chefredaktion, könnten die Voraussetzungen geschaffen werden, marktgerecht, flexibel und zukunftsgerichtet publizistisch zu arbeiten und die publizistische Arbeit auf möglichst vielen Wegen zu vermarkten.

Ausverkauf journalistischer Qualität. Das sieht ver.di anders. „Es ist überhaupt nicht nachzuvollziehen, warum nur bei einem Wechsel in den tariffreien Raum zukünftig marktgerecht gearbeitet und leistungsgerecht bezahlt werden kann. Auch bei tariflicher Entlohnung besteht durchaus die Möglichkeit, finanzielle Leistungsanreize zu setzen. Alleine durch eine regelmäßige Entlohnung der Mehrarbeit, wie sie im Tarifvertrag für Redakteure vorgesehen ist, können Anreize geschaffen und die erbrachte Leistung der Kollegen honoriert werden“, ist Christof Büttner, ver.di-Fachsekretär Medien in NRW, überzeugt.

Die WZ beabsichtige offenbar, in Zukunft journalistische Leistung zumindest bei Neueinstellungen unter den Normen des Flächentarifvertrags für Redakteure an Tageszeitungen einzukaufen oder die Arbeitsbedingungen auf anderem Wege zu verschlechtern. Ansonsten gäbe es keinen Grund, mit der Redaktion den Bereich der tariflichen Bindung zu verlassen. „Die Ausgliederung der journalistischen Arbeit bei der WZ in eine so genannte Content GmbH ist ein weiterer Ausverkauf der journalistischen Qualität. Tariflose Arbeitsbedingungen führen auf lange Sicht zu finanziellen Einbußen, unsicheren Arbeitsverhältnissen und hohem Arbeitsdruck“, sagte Büttner.

Die WZ hatte im vergangenen Jahr die Hälfte der Redaktion entlassen. Die Auflage hat sich in den vergangenen 15 Jahren halbiert und liegt derzeit bei 85.000. **wen** ■

Schon entdeckt?



Engagierte Medien abseits des Mainstreams sind hochinteressant, aber wenig bekannt. Deshalb stellt M mit dieser Rubrik in jedem Heft eines davon vor.

Wolfsiehtfern.de

Eine mächtige Lobby hat der Dokumentarfilm im deutschen Fernsehen nicht gerade. In der Regel wird er spät, gelegentlich sogar sehr spät ausgestrahlt. Im Mitternachtsghetto. „Das ist Fernsehen für Nachtwächter und für Leute, die nicht schlafen können“, sagt Medienjournalist und TV-Kritiker Fritz Wolf. Wer weder zu der einen noch der anderen Spezies zähle und sich dennoch für dieses Genre interessiere, habe ein Problem.

Vermeintlich schwere Kost wird von den öffentlich-rechtlichen Anstalten gern in die Spartenkanäle 3sat und Arte abgeschoben. Um auf solche Schätze aufmerksam zu machen, betreibt Wolf seit einem Jahr ein Webtagebuch unter der Adresse „wolfsiehtfern.de“. Mit Programmhinweisen, Vor- und Nachkritiken, Kommentaren. Der Düsseldorfer Journalist begreift seinen Blog als „Plattform für Leute, die solche Filme gerne sehen würden, wenn sie wüssten, wo es sie gibt und wenn sie – manchmal – wüssten, ob es sie überhaupt gibt“.

Die Sendeplatzierung von Dokus im TV, so beobachtet Wolf, folge keinem erkennbaren System. Manche Filme würden oft wiederholt, mal hier, mal da, nicht selten auch lieblos in Digtalkkanälen versenkt, ohne Chance auf relevante öffentliche Wahrnehmung. Zu besonderen historischen Anlässen, wie kürzlich beim 70. Jahrestag der Befreiung von Auschwitz, nimmt das Genre ausnahmsweise sehr viel Platz ein, in der Regel allerdings auch hier zu später Stunde. Diese Art von Erinnerungskultur stoße jedoch allmählich an Grenzen. Schon weil es kaum noch Zeitzeugen dieser Epoche gibt.

Die Sendezeit sollte für echte Doku-Fans mittlerweile kein Problem mehr sein. Schließlich gibt es Festplattenrekorder und die Mediatheken der Sender. Die Einbindung von Links und Filmtrailern steckt auf der Seite noch in den Anfängen. Im letzten Quartal registrierte Wolf monatlich an die 3.500 Zugriffe auf seine Seite. Angesichts der kurzen Existenz des Blogs ein ermutigender Wert, findet er. Auch erste Gastautoren wie Barbara Sichtermann und Thomas Gehringer hatten schon ihren Einsatz. Jüngste Neuerung ist eine Kooperation mit dem „Haus des Dokumentarfilms“ beim Europäischen Medienforum Stuttgart. Wolf schreibt vor, die Seite als Debatteorgan zur Erörterung von politischen und ästhetischen Fragen rund um den Dokumentarfilm weiter aufzuwerten.

Anders als tittelbach.tv, das schon länger existierende Portal für Film- und Fernsehkritiken, verteilt Wolf keine Noten. Auch Werbung wird es bei wolfsiehtfern nicht geben. Aber ganz ohne materielle Unterstützung von außen ist die zeitintensive Arbeit auf Dauer nicht zu leisten. Wenn der Blog erst mal etabliert ist, könnte sich Fritz Wolf sowas wie eine Kulturförderung für die bedrohte Art Dokumentarfilm vorstellen: „Stiftungen gibt es ja viele in diesem Lande.“ **Günter Herkel** ■

Flucht aus dem Flächentarif

Ohne Tarifbindung in Arbeitgeberverbänden – aktuelles Beispiel: Wetzlardruck

Von einem Tag auf den anderen ist Wetzlardruck (Wetzlarer Neue Zeitung) aus der Tarifbindung ausgestiegen. Die Geschäftsführung verkündete den rund 300 Beschäftigten in Verlag und Druckerei Anfang Juli per Hausmitteilung, der größte Zeitungsverlag Mittelhessens sei in den Unternehmerverbänden BDZV und Bundesverband Druck von nun an nur noch Mitglied „ohne Tarifbindung“ (OT).

Wie viele Unternehmen im Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger (BDZV) von der Möglichkeit einer Mitgliedschaft ohne Tarifbindung Gebrauch machen, wollte deren Sprecherin auf Nachfrage nicht mitteilen. Sicher ist: Das Ausmaß der auf diesem Weg vollzogenen Tariffucht ist gravierend. So gilt der Flächentarifvertrag in Hessen nur noch in einer Handvoll der gut 30 Zeitungsverlage. „OT-Mitgliedschaften sind die wesentliche Form der Tariffucht“, berichtet ver.di-Landesfachbereichsleiter Manfred Moos. Die Verbände der Medienbranche ermöglichen den Firmen per Sonderkündigungsrecht einen kurzfristigen Wechsel und machen es ihnen damit leicht, aus dem Tarif auszusteigen.

Gewerkschafter Moos ist davon überzeugt, dass sich die Arbeitgeberorganisationen mit diesem Angebot letztlich selbst schaden. Der Ausstieg von Firmen aus dem Flächentarif setze „eine Spirale nach unten in Gang“, da die verbleibenden Unternehmen mit Tarifbindung noch stärker unter Druck geraten. Irgendwann stehe der Verband als Tarifakteur insgesamt zur Disposition – ein klassisches Eigentor, zumal die Kostenvorteile stets nur so lange wirken bis die Konkurrenz nachzieht. „In seiner radikalsten Variante ist OT der Einstieg in den Ausstieg aus dem Verbandstarif-

vertrag“, bestätigt Martin Behrens vom Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung. Allerdings nicht immer. In vielen Fällen seien die Gewerkschaften in der Lage, nach einem OT-Wechsel Haustarifverträge durchzusetzen. „Die Wünsche der Unternehmen gehen nicht immer auf“, betont Behrens.

Flexible Tarifverträge. Von dem Versuch, die Tarifverträge weiter zu flexibilisieren – sprich: zu verschlechtern –, um Firmen von diesem Schritt abzuhalten, hält der Wissenschaftler nichts. „Die Tarifverträge sind schon jetzt extrem flexibel, das hält Unternehmen nicht vom Austritt oder vom Wechsel in die OT-Mitgliedschaft ab.“ Stattdessen plädiert Behrens dafür, das Tarifsysteem durch staatliche Maßnahmen zu stabilisieren – zum Beispiel mit Hilfe von Vergabegesetzen und der weiteren Erleichterung allgemeinverbindlicher Tarifverträge. „Wenn Standards nach unten eingezogen werden, verringert sich die Kluft zwischen tarifgebundenen und tariflosen Betrieben – und damit der Anreiz, die Kosten durch Tariffucht zu senken“, argumentiert der Sozialwissenschaftler.

Die Dumpingkonkurrenz bei Verlagen und Druckereien zu beenden, wäre auch aus Sicht tarifgebundener Firmen sinnvoll. Vor allem aber ist dies im Interesse von Belegschaften wie der bei Wetzlardruck. Zwar gelten die aktuellen Tarifverträge für Gewerkschaftsmitglieder und diejenigen, die schnell noch bei ver.di eintreten, auch nach dem OT-Wechsel weiter. Ob künftige Lohnerhöhungen allerdings gewährt werden und die Tarifstandards auch für Neueingestellte gelten, entscheidet die Geschäftsleitung in Zukunft nach Gutdünken.

Daniel Behruzi ■

Tarifabschluss für Bremedia erreicht

Gute Arbeit – gutes Geld



Nach fünf Runden gingen die Tarifverhandlungen bei Bremedia mit einem neuen Gehaltsabschluss von deutlich über zwei Prozent zu Ende. Aktive Mittagspausen und ein Warnstreik sowie das eindeutige Ergebnis der Umfrage unter den Gewerkschaftsmitgliedern zur Streikbereitschaft hätten dazu beigetragen, dass sich die Geschäftsleitung entscheidend bewegt habe, schätzt die Tarifkommission der Gewerkschaften ein.

Das Ergebnis sieht eine Einmalzahlung von 250 Euro mit dem Juli-Gehalt 2015 vor. Am 1. November

2015 wird das Gehalt um 25 Euro (Sockel) und zusätzlich um 1,5 Prozent erhöht. Das entspricht im Schnitt z.B. für Gehaltsgruppe 4 insgesamt einer Erhöhung von 2,4 Prozent. Ab 2016 gibt es einen Tag mehr Urlaub, 29 anstatt 28 Tage. Dazu kommt ein Kinderbetreuungskostenzuschuss pro Monat und Kind von 110 Euro für Vorschulbetreuung ab Juli 2015 und die Aufstockung des Krankengeldes bei einer Wiedereingliederung nach längerer Krankheit bis zu 83 Prozent des letzten Nettogehalts ebenfalls ab Juli 2015. Die Laufzeit des Vertrages beträgt 18 Monate bis 31. Oktober 2016. Die formale Zustimmung der Gremien (Gesellschafter Bremedia und ver.di-Bundesvorstand) soll bis Mitte Juli erfolgen.

wen ■

Mehr Informationen unter:

<http://rundfunk.verdi.de/ueber-uns/nachrichten/>

Kartellamt genehmigt Verkauf der Echo-Gruppe

Das Bundeskartellamt hat den Kauf der Darmstädter Echo Medien GmbH durch die Verlagsgruppe Rhein Main (VRM, Mainz) Anfang Juli positiv entschieden. Einen Monat zuvor wurde die Tageszeitung Rüsselsheimer Echo an die Mediengruppe der Frankfurter Societät verkauft.

Den Verkauf des *Rüsselsheimer Echos* hatte das Bundeskartellamt zur Voraussetzung dafür gemacht, dass für die bereits am 2. Februar 2015 bekannt gegebene Übernahme der Echo Medien durch die VRM die kartellrechtlich erforderliche Zustimmung erteilt wird. Das Kartellamt hatte darauf bestanden, weil die VRM ebenfalls in Rüsselsheim bereits die *Main-Spitze* herausgibt, die mit dem *Rüsselsheimer Echo* im Wettbewerb steht.

Grundsätzlich sei es zwar positiv, dass ein potenter Käufer gefunden worden sei und damit der Wettbewerb und die publizistische Vielfalt in der Region erhalten blieben, bewertet Manfred Moos von ver.di

Hessen den Verkauf. Die Gewerkschaft sei aber überhaupt nicht damit einverstanden, dass mit dem Übergang an einen neuen Eigentümer die Tarifbindung aufgegeben werden soll. Nach ver.di vorliegenden Informationen hat die tarifgebundene Frankfurter Societät, die unter anderem die *Frankfurter Neue Presse* herausgibt, für den Erwerb des *Rüsselsheimer Echos* eigens eine tariflose Tochtergesellschaft gegründet.

Die Verlagsgruppe Rhein Main erreicht mit ihren Tageszeitungen im Rhein-Main-Gebiet – darunter die *Allgemeine Zeitung Mainz* und der *Wiesbadener Kurier* – mit den Titeln der Zeitungsgruppe Zentralhessen (*Gießener Anzeiger*) und den südhessischen Zeitungsmarken der Echo Medien-Gruppe (*Darmstädter Echo*) künftig knapp eine Million Leserinnen und Leser. Darüber hinaus erreicht die VRM konzernweit fast 1,25 Millionen Unique User und zählt damit deutschlandweit zu den reichweitenstärksten regionalen Medienunternehmen. **wen ■**

Spiegel will Millionen sparen

Der *Spiegel* plant umfangreiche Spar- und Restrukturierungsmaßnahmen. Das haben Chefredakteur Klaus Brinkbäumer und Geschäftsführer Thomas Hass in einem gemeinsamen Pressegespräch angekündigt. Im Rahmen der „Agenda 2018“ sollen in den kommenden zwei Jahren 15 Millionen Euro eingespart werden. Ohne Stellenabbau wird das nicht möglich sein. Nach Berichten des Branchendienstes *Horizont* ist aber bislang unklar, wie viele Stellen in welchen Bereichen abgebaut werden sollen.

Gleichzeitig soll die Einnahmen-Seite verbessert werden. In 15 Arbeitsgruppen und einem „Innovation-Lab“ sollen Reformvorschläge entwickelt werden, um das Angebot attraktiver zu machen. Außerdem soll vermehrt auf Bezahl-Inhalte im Internet gesetzt, die Ausschüttung an die Gesellschafter verringert und mehr investiert werden.

Grund für die Maßnahmen ist die Geschäftsentwicklung der letzten Jahre: Der Umsatz des *Spiegel* ist seit 2007 um 19 Prozent gesunken, die Anzeigenerlöse des Print-Magazins seit 2000 sogar um 70 Prozent. Die Sparmaßnahmen sollen mit dem Betriebsrat besprochen und im Herbst 2015 vorgelegt werden. **asa ■**

Statistischer Unsinn

Statistiken sind aus dem Medienalltag nicht mehr wegzudenken; selbst in der Sportberichterstattung sind entsprechende Grafiken längst selbstverständlich. Und doch sei das Image seines Fachs, bedauert Andreas Quatember, Professor am Institut für Angewandte Statistik der Uni Linz, „denkbar schlecht“. Schuld daran ist seiner Ansicht nach der Irrtum vieler Menschen, die Qualität der Methoden mit der Qualität der Anwendung zu verwechseln.

Um diesen Makel zu beseitigen, beschreibt er in seinem Buch anhand diverser Beispiele typische Fehler, die bei der Interpretation von Statistiken gemacht werden. Gerade mit der Prozentrechnung stehen manche Journalisten offenbar auf Kriegsfuß, weshalb Quatember freundlicherweise erklärt, wie's richtig geht. Mit vermutlich diebischer Freude arbeitet sich der Autor an verunglückten Diagrammen ab und erklärt geduldig, warum die *Bild*-Überschrift „Hilfe, alles wird billiger!“ angesichts einer Inflationsrate von weniger als einem Prozent Unfug ist; es müsste heißen „Hilfe, alles wird weniger teuer!“.

Und wer's nicht vorher wusste, lernt spätestens anhand von Quatembers selbstironischem Beispiel, dass man bei der Interpretation von Umfrageergebnissen stets auch die Fragestellung beachten sollte: „Wie gefällt Ihnen dieses Buch? Großartig, sehr gut, gut?“. Eine ausgesprochen nützliche und gleichzeitig amüsante Lektüre. **tpg ■**

Buchtipp



Andreas Quatember:
„Statistischer Unsinn. Wenn Medien an der Prozenzhürde scheitern“.

Springer-Verlag
Berlin Heidelberg 2015.
226 Seiten, 14,99 Euro
(E-Book: 9,99 Euro).
ISBN 978-3-662-45335-3

Ein Stück Zeitung, bitte!

Online-Plattformen verkaufen einzelne Artikel aus Zeitungen und Zeitschriften

Das in den Niederlanden bereits erfolgreiche Web-Angebot **Blendle** startet im September in Deutschland. Das Hamburger Startup **Pocketstory** war etwas schneller und ist bereits seit Mai in der Beta-Version online. Beide bündeln die Angebote von Zeitungen und Zeitschriften und bieten Artikel daraus zum Kauf an. Ist das die Lösung für die Finanzierungsnot des Journalismus?

Das Konzept von Blendle ist simpel: Interessiert man sich für einen Artikel in einem Magazin oder einer Zeitung, muss man so nicht mehr das ganze Heft kaufen, sondern kann für einen geringeren Preis den einzelnen Artikel online erwerben. Es sind viele und namhafte Zeitungen und Zeitschriften, deren Artikel bei Blendle zum Verkauf stehen werden: Von der *Zeit* über den *Spiegel* und *Cicero* bis hin zur *Bild am Sonntag* und *Brigitte*, aber auch kleinere Lokalzeitungen. Wie hoch der Preis ist, bestimmt der Verlag, 30 Prozent des Verkaufspreises verbleiben bei Blendle. Durchschnittlich werden 20 bis 30 Cent für einen Artikel fällig. In den Niederlanden läuft Blendle bereits seit einem Jahr – mit beachtlicher Resonanz. 300.000 Nutzer sind registriert. Zahlreiche Medien beteiligen sich an der Plattform.

füllen, ein Artikel über einen Tatort-Kommissar in der *Berliner Zeitung* die Zeit bis zur Ankunft der S-Bahn in sieben Minuten. Ein Artikel kostet hier allerdings auch mal 1,99 Euro – und damit nicht viel weniger als ein ganzes Heft.

Von Blendle unterscheidet man sich außerdem, indem man bereits online sei und deutschen Datenschutzbestimmungen unterliege. Für Blendle hingegen führt Gründer Marten Blankesteijn an, die Plattform habe sich bereits bewährt und das Angebot sei umfassender als das der Konkurrenten.

Zugang zu jungen Lesern. Trotz der betonten Unterschiede: Mit ihren Angeboten füllen beide Plattformen eine Lücke, die durch die Änderung der Lesegewohnheiten und des Medienkonsums entstanden ist. Die Auflagen der Print-Produkte gehen zurück, immer weniger Menschen lesen Zeitungen oder haben sie gar im Abo. Journalistische Inhalte sind im Internet bislang meist kostenfrei abrufbar. Ideen für die Finanzierung von Journalismus in Zeiten des Internets gibt es kaum. Die Verlage sehen in Blendle und Pocketstory ein Marketinginstrument und versprechen sich von der Kooperation neue Vertriebs-



Foto: Blendle / Leonard Faustle

Das Blendle Team mit den Gründern Alexander Klöpping (l.) und Marten Blankesteijn (r.)



Foto: Dirk Moeller

Dieter Degler, Anke Rippert, Thorsten Höge von Pocketstory (v.l.n.r.)

Qualitätsjournalismus als Lückenfüller. Wenn Blendle in Deutschland startet, konkurriert die Plattform mit einem Anbieter, der bereits seit Mai in der Beta-Version ähnliche Dienste bereitstellt: Das Hamburger Startup Pocketstory bietet einzelne Artikel aus Zeitungen und Zeitschriften an. Das Angebot jedoch ist spärlich im Vergleich zu dem, was Blendle ankündigt. Die Artikel stammen vor allem aus Publikationen des *Zeit-* und *Spiegel-*Verlags, nicht alle Artikel sind aktuell. Ausgewählt werden sie „ausschließlich nach der Qualität der Inhalte“, erklärt Dieter Dengler, Geschäftsführer von Pocketstory. Man picke aus den Medien die Rosinen heraus. Angeboten werden nur längere Artikel ab 5.000 Zeichen „Wir wollen unseren Lesern Artikel mit klugen Gedanken, originellen und tiefgründigen Informationen und lange Gespräche und Interviews bieten.“ Dafür Sorge, so Dengler, selbst ehemaliger Chefredakteur von *Spiegel Online*, ein Redaktionsteam, das von erfahrenen Zeitungs- und Magazinmachern geleitet wird.

„Mitreißende Geschichten“ verspricht Pocketstory auf seiner Webseite. „Perfekt für Bus, Bahn und unterwegs“, ideal also für die, die „wenig Zeit für ein ganzes Heft“ haben. Folgerichtig wird zu jedem Artikel die geschätzte Lesezeit angegeben. Ein *Spiegel*-Artikel über die Flüchtlinge im Mittelmeer etwa könnte eine Pause von 25 Minuten

wege. Sie hoffen, neue Leserinnen und Leser zu gewinnen, insbesondere unter den Jungen, die im Internet zuhause sind und um Print-Medien bislang einen Bogen gemacht haben. Die Nutzer von Blendle sind jung, die meisten zwischen 25 und 30 Jahren alt. Springer und New York Times scheint das Konzept zu überzeugen: Sie haben drei Millionen in Blendle investiert.

„Vielversprechendes Angebot“. Auch Cornelia Haß, Bundesgeschäftsführerin der Deutschen Journalistinnen- und Journalisten-Union (dju) in ver.di hält Blendle für ein „vielversprechendes Angebot“. Es könne „offenbar tatsächlich dazu beitragen, dass verstärkt auf Qualitätsinhalte zugegriffen und dafür bezahlt wird“. Journalistische Inhalte seien so nur gegen Gebühr verfügbar, weshalb Blendle aus Sicht der dju ein „interessantes Vertriebsmodell“ sei.

Andreas Bull, Geschäftsführer der *taz*, teilt diesen Optimismus nicht. Die *taz* sei zwar generell „Experimenten gegenüber aufgeschlossen“, auch gäbe es keine ideologischen Vorbehalte. Das Geschäftsmodell von Blendle halte man aber für „wenig aussichtsreich“. Für Bull stehe immer noch im Vordergrund, was durch das Zerpflücken der Zeitungen in einzelne Artikel verloren geht: „Das kompositorische Werk der Redaktion als Kollektiv“. Die *taz* beteiligt sich deshalb bislang nicht an der Plattform.

Astrid Sauer mann ■

www.blendle.com / www.pocketstory.com

„Stuttgarter Irrweg“

Zwei Zeitungen werden in eigenständiger Tochterfirma zusammengelegt

Die Südwestdeutsche Medienholding (SWMH) plant eine grundlegende Veränderung der Zeitungslandschaft in der baden-württembergischen Landeshauptstadt Stuttgart. Die Redaktionen der *Stuttgarter Zeitung* und der *Stuttgarter Nachrichten* werden in einer eigenständigen Tochterfirma zusammengelegt, die künftig beide Blätter herausgibt. 35 Stellen werden gestrichen. Gleichzeitig sollen unterschiedliche Digitalangebote forciert werden.

1972 entwickelte der damalige Verlagsgeschäftsführer Eugen Kurz das sogenannte „Stuttgarter Modell“: Zwei Zeitungen erscheinen unter einem Dach, mit gemeinsamer Anzeigenvermarktung und Technik, aber redaktionell strikt getrennt. So wurde damals die Existenz der *Stuttgarter Nachrichten* gesichert. Die *Stuttgarter Zeitung* (StZ) galt als bürgerlich-liberales Aushängeschild des Medienhauses. Die *Stuttgarter Nachrichten* lieferten den Mantel für eine Vielzahl lokaler Blätter in Württemberg und beackerten ebenfalls das lokale Medienfeld. Nun schleift Richard Rebmann, Chef der Südwestdeutschen Medienholding (SWMH), einen Grundpfeiler dieses Modells, die redaktionelle Eigenständigkeit. „Der neue Stuttgarter Weg“, wie Rebmann sein Programm nennt, ersetzt das alte Stuttgarter Modell.

„Der neue Stuttgarter Weg“, so der StZ-Chefredakteur Joachim Dorfs, garantiere einerseits „den Fortbestand von zwei Stuttgarter Zeitungstiteln sowie ihrer unterschiedlichen Digitalangebote in höchster Qualität“ und soll gleichzeitig Personalkosten einsparen. Laut Verlag sollen bis zu 35 Vollzeitstellen wegfallen. Wie viele Beschäftigte exakt betroffen sind, ist angesichts zahlreicher Teilzeitbeschäftigter noch unklar. Andererseits sind 15 neue Jobs vorgesehen, vorrangig im online-Bereich. „Unser Ziel ist, Sie zur richtigen Zeit auf dem richtigen Gerät mit den für Sie relevanten Informationen zu versorgen. Daher haben sich Redaktion und Verlag der *Stuttgarter Zeitung* zu einer Reihe von Reformen entschlossen, um unsere Digitalangebote auszuweiten“, so Dorfs.

Mitbestimmung vermisst. Eine Zusammenarbeit mit der Münchner SWMH-Tochter *Süddeutsche Zeitung* soll auch weiterhin „nur punktuell“ stattfinden (z.B. teilen sich die *Stuttgarter Zeitung* und die *Süddeutsche* Auslandskorrespondenten in der Schweiz, Skandinavien, Polen und Griechenland/Türkei). Genaue Pläne für eine gemeinsame Sonntagsausgabe (bisher *Sonntag aktuell*) stehen noch aus.

Die Redakteure und Redakteurinnen vermissen Mitsprache, Mitbestimmung oder Einbindung in den neuen „Stuttgarter Weg“. Sie reden vom „Stuttgarter Irrweg“, da die Pläne Verlust von Pressevielfalt und Qualität sowie Personalabbau bedeuten. Etwa sechzig Beschäftigte der *Stuttgarter Zeitung* und der *Stuttgarter Nachrichten* protestierten am

12. Juni vor dem Druckzentrum und Pressehaus in Stuttgart-Plieningen gegen den Beschluss der Konzernleitung, die beiden Redaktionen bis zum April 2016 zu einer Gesamtedaktion für beide Blätter zusammenzulegen. Unterstützt wurden die Beschäftigten bei der Protestaktion vor dem Werkstor von der ver.di-Landesbezirksleiterin Leni Breymaier, dem ver.di-Konzernbeauftragten der Südwestdeutschen Medien-Holding (SWMH) Uwe Kreft und dem Landesvorsitzenden der Deutschen Journalistinnen- und Journalisten-Union (dju) Ullrich Schreyer.

Die Gründung einer „flexiblen Gemeinschaftsredaktion“ berge die große Gefahr, dass das Profil beider Zeitungen verwässert werde und die Medienvielfalt in Baden-Württemberg leide, warnt die stellvertretende DGB-Landesvorsitzende Gabriele Frenzer-Wolf. Die Themenvielfalt werde auf jeden Fall abnehmen. Gleiches sei für die Meinungsvielfalt zu befürchten. „Die Intention der SWMH ist klar: Sie will Kosten sparen“, sagt Frenzer-Wolf, die beim DGB Baden-Württemberg die Medienpolitik verantwortet. „Es drängt sich der Eindruck auf, dass die Redaktion für Managementfehler büßen muss: für den kreditfinanzierten Kauf der *Süddeutschen Zeitung*, für eine jahrelange Gratiskultur bei den Onlineangeboten und für die zögerlichen Investitionen in neue, gewinnträchtige Digital-Angebote.“

Abbau von Arbeitsplätzen. Dass der Zusammenschluss der Redaktionen mit dem Verlust von Arbeitsplätzen verbunden ist, zeige, „dass es dem Medienkonzern SWMH in erster Linie um Profitsteigerung durch Kostensenkung geht“, kritisiert auch der zuständige ver.di-Landesfachbereichsleiter Siegfried Heim. Heim verweist darauf, dass im SWMH-Konzern derzeit mehrere Kostensenkungsprogramme laufen, die mit dem Abbau von Arbeitsplätzen verbunden sind.

Am 7. Juli wurde von der gemeinsamen Verhandlungsgruppe des Konzernbetriebsrats eine Vereinbarung zur Zusammenlegung der beiden Zeitungen unterzeichnet. Der von der Geschäftsführung geforderte Stellenabbau von 35 Vollzeitstellen konnte nicht verhindert werden. Es ist aber gelungen, Bedingungen für ein „Freiwilligenprogramm“ auszuarbeiten, das interessierten Festangestellten ermöglicht, bis zum 31. August zu finanziell guten Bedingungen Aufhebungsverträge zu unterzeichnen. Zudem wurden hohe Hürden für eventuelle betriebsbedingte Kündigungen vereinbart. Für die neu zu gründende Redaktionsgesellschaft wurde eine Beschäftigungssicherung vereinbart. Die neue Redaktionsgesellschaft soll tarifgebunden sein.

Wie die Anbindung an den Flächentarif gewährleistet werden kann, ist eine spannende Frage für Tarifexperten. Mitglieder im Zeitungsverlegerverband sind Verlage und nicht eigenständige Redaktionstöchter von Konzernen.

Werner Jany ■

Beschäftigte protestieren im Juni vor dem Pressehaus gegen die Zusammenlegung der beiden Stuttgarter Zeitungen



Foto: Grafitti / Joachim E. Roetters

Mehr Staatsferne fürs ZDF

SWR-Änderungen nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts in Kraft

Auf ihrer Konferenz am 18. Juni haben die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder den 17. Rundfunkänderungsstaatsvertrag unterzeichnet. Dessen Kern ist die Novellierung des ZDF-Staatsvertrags. Er soll zum 1. Januar 2016 in Kraft treten. Die Parlamente in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz haben bereits im Mai dem neuen Staatsvertrag für den SWR zugestimmt, der nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum ZDF geändert wurde.

„Damit stärken wir unseren öffentlich-rechtlichen Rundfunk und stellen das ZDF für die Zukunft auf. Unter dem Gesichtspunkt der Staatsferne des öffentlich-rechtlichen Rundfunks halten wir die Gremien des ZDF funktionsfähig“, erklärte Malu Dreyer, Ministerpräsidentin und Vorsitzende der Rundfunkkommission. „Wir setzen mit den jetzt gefundenen Regelungen das Urteil des Bundesverfassungsgerichts um“, so Malu Dreyer. Besonders wichtig seien die neu eingefügten Transparenzregelungen, die es den Bürgerinnen und Bürgern erlauben, zu sehen, wie ihr Rundfunkbeitrag verwendet werde, betont sie.

Der ZDF-Staatsvertrag sieht eine Verkleinerung des Verwaltungsrats auf maximal 12 Mitglieder und des Fernsehrats auf maximal 60 Mitglieder vor. Dabei spiegeln die Besetzung mit Vertretern aus verschiedenen Lebensbereichen die breite Ge-

sellschaft wieder, heißt es in einer Mitteilung der rheinland-pfälzischen Staatskanzlei. Aus Rheinland-Pfalz wird ein Vertreter oder eine Vertreterin eines Verbandes oder einer Institution aus dem Bereich „Inklusive Gesellschaft“ in den Fernsehrat entsendet.

Bereits in Kraft seit dem 1. Juli ist der Staatsvertrag für den SWR. Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts soll der Anteil der staatlichen oder staatsnahen Mitglieder in den Aufsichtsgremien des Rundfunks ein Drittel nicht überschreiten. Daher wird die Anzahl der staatlichen Mitglieder im Verwaltungsrat von sieben auf sechs reduziert. Baden-Württemberg wird ebenso wie Rheinland-Pfalz nur noch ein Mitglied statt bisher zwei Mitglieder der Landesregierung in das Gremium entsenden. Der Verwaltungsrat der Zwei-Länder-Anstalt besteht aus 18 Personen. Im Rundfunkrat liegt der Anteil der staatsnahen Mitglieder bei 23 Prozent. Desweiteren wird die Amtszeit der Mitglieder des Verwaltungsrates und des Rundfunkrates auf drei Amtsperioden begrenzt. Eine Amtszeit dauert fünf Jahre. Der Intendant wird künftig von Rundfunkrat und Verwaltungsrat gemeinsam gewählt. Die Sitzungen der Rundfunkräte sollen weiterhin grundsätzlich öffentlich stattfinden. **wen** ■ M berichtete:

<https://mmm.verdi.de/archiv/2014/03/kolumne/verfassungswidrig>



Foto: dpa / Ulf Deck

Malu Dreyer (SPD), Ministerpräsidentin von Rheinland-Pfalz, hier nach der Verkündung des Urteils zum ZDF im Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe 2014.

Mit der Neubesetzung der Gremien durch den 17. Rundfunkänderungsstaatsvertrag „stärken wir den öffentlich-rechtlichen Rundfunk und stellen das ZDF für die Zukunft auf“, sagt sie heute.

Funke und Springer noch enger

Kartellamt stimmte Vermarktungskoooperation Media Impact zu

Das Gemeinschaftsunternehmen „Media Impact“ kann durchstarten. Das Bundeskartellamt hat die Kooperation für die Anzeigen- und Werbevermarktung zwischen der Funke-Mediengruppe (FMG) und der Axel Springer SE im Juni freigegeben.

„Die Ermittlungen haben gezeigt, dass die *Bild*-Zeitung bei bundesweiten Zeitungsanzeigen zwar über eine starke Position, nicht aber über eine marktbeherrschende Stellung im kartellrechtlichen Sinne verfügt. Die gemeinsame Anzeigenvermarktung mit der Funke Mediengruppe bewirkt keine wesentliche Einschränkung wirksamen Wettbewerbs“, begründete Andreas Mundt, Präsident des Bundeskartellamtes, die Entscheidung. Ein Grund hierfür sei die Möglichkeit der Werbekunden, auf ganz unterschiedlichen Wegen Kombinationen regionaler Tageszeitungen zu buchen und damit auch eine bundesweite Marktdeckung zu erreichen. Darüber hinaus sei die *Bild*-Zeitung auch starkem Wettbewerb durch andere Medien aus benachbarten Märkten, wie etwa die bundesweite Fernsehwerbung, ausgesetzt.

Das geplante Gemeinschaftsunternehmen „Media Impact“ soll unter der Führung von Axel Springer

für die Medien von FMG und Axel Springer im Zeitungs- und Werbefachbereich die nationale Anzeigenvermarktung sowie die Werbevermarktung von Zeitschriften- und Online-Medien durchführen. Mehr als 90 Print-, Online- und Mobil-Angebote, darunter *Bild*, *Welt*, das *Hamburger Abendblatt* und die *Berliner Morgenpost*, vermarktet Media Impact nach Angaben des Springer-Konzerns derzeit.

Das Vorhaben ist der dritte Teilschritt der umfangreichen Transaktion zwischen Axel Springer und FMG, die im ersten Schritt den bereits genehmigten Verkauf der *Berliner Morgenpost*, des *Hamburger Abendblattes* und weitere Zeitungen und Anzeigenblätter in der Region sowie der Frauenzeitschriften von Axel Springer an FMG beinhaltete (<https://mmm.verdi.de/archiv/2013/08/medien-wirtschaft/08-2013/springer-blaetter-duerfen-an-funke-uebergehen>) Der zweite Teil der Transaktion betraf den Erwerb sämtlicher Springer-Programmzeitschriften durch FMG, den das Bundeskartellamt mit Auflagen genehmigt hat (<https://mmm.verdi.de/archiv/2014/04/medien-wirtschaft/04-2014/marke-201eeisenfuss201c>). Geplant ist auch noch ein Gemeinschaftsunternehmen für den Vertrieb. Darüber muss das Kartellamt noch entscheiden. **wen** ■

Das Axel-Springer-Gebäude in Berlin



Foto: axelspringer / mediathek

Smartes Zappen

Experten und Medienpolitiker diskutieren über „Suchen – Finden – Navigieren“

In der digitalen TV-Welt gilt mehr denn je die Regel: Der Zuschauer sieht nur die Inhalte, die er problemlos findet. Auf der Tagung „Suchen – Finden – Navigieren“ beschäftigten sich Experten und Medienpolitiker mit aktuellen Entwicklungen der Nutzernavigation auf smarten Endgeräten. Veranstalter waren die Landesmedienanstalten, der Verband Privater Rundfunk (VPRT) und die Deutsche TV-Plattform.

Fernsehen – das bedeutet für die Mehrheit der TV-Nutzer heutzutage immer noch mehr oder weniger zielgerichtetes Zappen durch die Programme per Fernbedienung. Aber seit einigen Jahren wird die „Glotze“ in Deutschland immer „smarter“. Der Anteil der smarten (internetfähigen, mit App-Portalen ausgestatteten) TV-Geräte an den Neuverkäufen lag in den ersten vier Monaten 2015 bereits bei 61 Prozent, berichtete Alexander Dehmel, Senior Marketing Consultant von der Gesellschaft für Konsumforschung. Bei der Nutzung stehen Mediatheken, Smart-TV-Portale und Video-on-Demand (VoD) ganz weit vorn. Rund 50 Prozent der Smart-TV-Nutzer verwenden laut einer aktuellen Umfrage bereits Programmvorschläge von Smart-TV-Portalen, Mediatheken der Sender, Video-Abrufportale, elektronische Programmführer (EPGs) und TV-Apps. Auch TV-Programm-Apps auf Zweitgeräten wie Tablets oder Smartphones spielen

eine zunehmend wichtige Rolle bei der Steuerung des TV-Konsums. Jeder vierte Onliner in Deutschland nutzt bereits eine digitale Programmzeitschrift auf seinem Smartphone oder Tablet. Das alles sind Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage unter 1.000 deutschen Online-Nutzern im Auftrag der Tagungsveranstalter.

Mit der digitalisierungsbedingten Vervielfachung von TV-Kanälen wird die leichte Auffindbarkeit der Programmangebote zum zentralen strategischen Problem für die Marktakteure. Erst Ende Juni hatte die Kommission für Zulassung und Aufsicht der Medienanstalten (ZAK) in einem speziellen Kasus zu entscheiden. Auf der veränderten Nutzeroberfläche von Empfangsgeräten des Pay-TV-Anbieters Sky wird ein Überblick ausschließlich für die Sky-Programme geliefert. Zu den übrigen Rundfunkangeboten gelangt man erst durch einen speziellen Knopf auf der Fernbedienung. Gleichwohl bewertete die ZAK die Nutzeroberfläche von „Sky Home“ nicht als Verstoß gegen das Gebot eines chancengleichen und diskriminierungsfreien Zugangs. Entscheidend sei, „dass der Nutzer dies durch eine Änderung der Voreinstellungen vergleichsweise einfach selbst ändern kann“.

Eine „überraschende Bewertung“, fand NRW-Medienstaatssekretär Marc Jan Eumann in der Podiums-

debatte „Was kann die Medienordnung leisten?“. Klarer als durch Verschweigen anderer Sender könne Diskriminierung sich auf einem Screen doch wohl kaum äußern. Eine Bund-Länder-Kommission, so Eumann, arbeite „konstruktiv an einer zukunftsfähigen Medienordnung“, die solche Fragen regeln soll. Bereits zum Jahresende 2015 werde ein Zwischenbericht vorliegen.

Für Thomas Fuchs, Direktor der Medienanstalt Hamburg/Schleswig-Holstein, zugleich Koordinator des Fachausschusses „Netze, Technik, Konvergenz“ der Medienanstalten, geht es vor allem darum, eine weitere Medienkonzentration zu verhindern. „Wenn es Regeln zur privilegierten Auffindbarkeit geben soll, muss darauf geachtet werden, dass es für kleine Anbieter Chancen gibt und die bestehende Marktmacht großer Sender nicht zementiert wird.“ Auch VPRT-Vorstandsvorsitzender Tobias Schmidt erwartet, dass auf TV-Plattformen „neben massenattraktiven Inhalten auch Angebots- und Anbietervielfalt garantiert“ werden. Denn: „Von wem gesellschaftliche Inhalte verlangt werden, der sollte auffindbar sein.“

Eine andere Position vertrat Carine Chardon, Leiterin Medienpolitik/Medienrecht im Zentralverband Elektrotechnik- und Elektronikindustrie (ZVEI), zugleich Geschäftsführerin der Deutschen TV-Plattform. In Sachen Regulierung hielt sie sich bedeckt. Die Industrie sei eher der Ansicht, dem Nutzer möglichst große Freiheit bei der Programm- und Informationssuche zu lassen. Einen aktiven Regulierungsbedarf gebe es derzeit nicht. Alle Akteure seien darauf bedacht, die Nutzer in die Lage zu versetzen, angebotene Inhalte möglichst rasch zu finden, egal, ob dieser sie aktiv suche oder noch gar nicht wisse, dass es sie gebe. Schließlich existierten heute nicht nur Suchfunktionen, mit denen nach einem Genre oder nach Stichworten wie Regisseur oder Schauspieler gesucht werden könne. Inzwischen gebe es auch die „Discovery-Ebene“ mit „nutzerbezogenen Empfehlungssystemen“.

Eine Demonstration dieser Methode bot Piotr Konczak vom US-Unternehmen TiVo/Cubiware. Die Firma betreibt einen Personal Video Recorder als Set-Top-Box mitsamt einem EPG sowie einer individualisierten Aufnahmefunktion. Durch die Auswertung persönlicher Vorlieben aus verschiedenen Quellen gibt diese Software anhand des jeweiligen TV- und Bewegbildekonsums Empfehlungen. Serienjunkies zum Beispiel bekommen von diesem Dienst neue, vergleichbare Serien vorgeschlagen. „Nicht der Nutzer sucht den Inhalt, sondern der Inhalt findet den Nutzer“, so der TiVo-Experte.

Schöne, neue Fernsehwelt!? Thomas Fuchs von den Landesmedienanstalten resümierte: Es bleibe weiterhin spannend, zu beobachten, wie Konsumgüterindustrie und Inhalteanbieter künftig mit diesem „Zwiespalt zwischen einem relativ trägen Konsumenten und einer sich immer neu verändernden Technik“ umgingen. Er gab zu bedenken: „Der Nutzer verändert sich langsamer als die Technik.“ **Günter Herkel**



Foto: Deutsche TV-Plattform

Thomas Fuchs (Koordinator Netze, Technik, Konvergenz der Medienanstalten), Wolfgang Elsäßer (Vorstandsvorsitzender Deutsche TV-Plattform) und Claus Grewenig (Geschäftsführer des VPRT) im Eröffnungspodium (v.l.n.r.). Moderiert von Carine Chardon (Geschäftsführerin Deutsche TV-Plattform).

Aufbegehren gegen Überwachung

Klage gegen Bundesnachrichtendienst von Reporter ohne Grenzen

Reporter ohne Grenzen wirft dem Bundesnachrichtendienst die Verletzung des Fernmeldegeheimnisses vor und wehrt sich juristisch. Die Deutsche Journalistinnen- und Journalisten-Union beklagt Bespitzelung des Nachrichtenmagazins Spiegel durch US-Behörden. Beiden geht es um Informantenschutz und Pressefreiheit.

Reporter ohne Grenzen wirft dem Bundesnachrichtendienst (BND) vor, den E-Mail-Verkehr der Organisation mit ausländischen Partnern, Journalisten und anderen Personen ausgespäht zu haben. Der BND hatte im Jahr 2013 im Zuge der strategischen Fernmeldeüberwachung hunderte Millionen Mails mit Suchbegriffen durchforstet und mehr als 15.000 davon genauer untersucht. Reporter ohne Grenzen (ROG) geht davon aus, dass dabei auch zahlreiche Mails der Organisation erfasst wurden. Denn ROG stand im fraglichen Zeitraum in regem Austausch mit zahlreichen Journalisten und zivilgesellschaftlichen Akteuren, auch über Themen wie die Tätigkeit von Geheimdiensten. Deshalb hat ROG am 30. Juni 2015 Klage gegen den BND beim Bundesverwaltungsgericht in Leipzig eingereicht.

Reporter ohne Grenzen ist nach eigenen Angaben ein regelmäßiger und wichtiger Ansprechpartner für Journalistinnen und Journalisten aus autoritären Staaten wie Usbekistan, Aserbaidschan oder China. Journalisten wenden sich an die Organisation mit vertraulichen Informationen und schutzwürdigen Anliegen. „Die Ausforschung der Kommunikation durch den BND bedeutet, dass sich Journalistinnen und Journalisten mit ihren persönlichen Anliegen nicht mehr darauf verlassen können, dass ihre Kommunikation vertraulich bleibt“, warnt ROG-Geschäftsführer Christian Mihr.

Ohne gesetzliche Grundlage. Die Klage von ROG richtet sich auch gegen den Einsatz des Verkehrsanalyzesystems VerAS. Mit diesem Programm erhebt und verarbeitet der BND seit 2002 Metadaten auch von deutschen Bürgern, die im Zusammenhang mit ihrer Kommunikation anfallen. Telefonverbindungen, SMS und E-Mails, das Surfen im Internet und die Nutzung sozialer Netzwerke werden erfasst. VerAS soll dazu dienen, Beziehungen zwischen Terrorverdächtigen zu erkennen und Netzwerke oder Pläne aufzudecken. Da dieses Verfahren so umfassend angewendet wird, können auch Journalistinnen und Journalisten erfasst werden, die nur indirekt und über bis zu vier weiteren Kommunikationspartnern mit einem Terrorverdächtigen in Verbindung gebracht werden können. Der BND erfasst auf diese Art nach eigener Angabe rund 500 Millionen Metadaten pro Monat. ROG beklagt, es gäbe keinerlei gesetzliche Grundlage für diese Datensammlung und -analyse und fordert deshalb die sofortige Einstellung.

Informantenschutz in Gefahr. Journalismus lebt von Informanten. Deshalb genießen Journalisten in Deutschland und anderen demokratischen Ländern ein Zeugnisverweigerungsrecht, das sie dazu berechtigt, gegenüber Ermittlungsbehörden die Quellen ihrer Recherche zu verschweigen. Auch der Kommunikationsverkehr von Journalisten steht unter einem besonderen Schutz. „Angesichts der Überwachung ist der Informantenschutz für Journalisten nicht mehr garantiert und die freie Berichterstattung in Deutschland bedroht“, so Mihr von ROG. „Den Medien ist es nicht mehr ausreichend möglich, ihrer Rolle als vierte Gewalt in einer demokratischen Gesellschaft nachzukommen.“ Ohne Informantenschutz, bestätigt auch die Geschäftsführerin der Deutschen Journalistinnen- und Journalisten-Union (dju) in ver.di Cornelia Haß, sei „journalistisches Arbeiten im Sinne unabhängiger und kritischer Medien nicht möglich“.

Foto: Fotolia / Thomas Janina



Screenshots: rog

Spiegel ausgespäht. Haß reagiert damit auf Berichte des *Spiegels*, das Nachrichtenmagazin sei von US-Geheimdiensten ausspioniert worden. Der CIA soll 2011 Erkenntnisse aus seiner Überwachung an das Bundeskanzleramt weitergegeben haben. Der *Spiegel* hat Anzeige bei der Bundesanwaltschaft in Karlsruhe erstattet (inzwischen auch das *Handelsblatt*, Red.). Haß befürchtet, dass das nur die Spitze des Eisberges sein könnte und noch mehr Medien von Bespitzelung durch Geheimdienste betroffen seien. Sie warnt vor einer massiven Verletzung von Grundrechten.

Reporter ohne Grenzen und die dju mahnen eine umfassende Kontrolle der Geheimdienste an. „Es darf keine Überwachungsmaßnahmen ohne gesetzliche Grundlage geben, weder im In- noch im Ausland“, fordert ROG. Durch die Anzeige des *Spiegels* sei zu hoffen, so Haß von der dju, dass alle Fakten bekannt würden. Doch die Erfahrung mit einer bereits 2014 eingereichten Klage des Chaos Computer Clubs (CCC) zeigt einmal mehr, dass die Mühlen der Justiz langsam mahlen. CCC hatte gemeinsam mit Digitalcourage e.V., der Internationalen Liga für Menschenrechte und anderen Organisationen und Einzelpersonen wegen der NSA-Spähaffäre Klage gegen die Bundesregierung eingereicht. Anfang Juni, mehr als ein Jahr nach Anzeigenerstattung forderte der CCC den Generalbundesanwalt auf, endlich ein Ermittlungsverfahren einzuleiten. Bislang ohne Erfolg. **ROG/Astrid Sauer mann** ■

Online-Petition zur Unterstützung der Klage von Reporter ohne Grenzen:
www.reporter-ohne-grenzen.de/bnd-klage

Auf dünnem Eis

Knapper Sieg für den SWR im Rechtsstreit gegen Daimler

Im juristischen Streit um einen TV-Beitrag über Arbeitsbedingungen beim Autobauer Daimler ging auch in der zweiten Instanz der Südwestrundfunk (SWR) als Sieger hervor: Das OLG Stuttgart wies die Unterlassungsklage ab, die dem Sender die weitere Ausstrahlung der Doku „Hungerlohn am Fließband“ verbieten sollte. Das öffentliche Interesse überwiege die illegale Bildbeschaffung, so die Richter. Der Fall zeigt, auf welch dünnem Eis sich investigative Journalisten bewegen.

Gewöhnlich vertragen sich die beiden. Daimler schaltet Werbespots, im SWR-Fuhrpark stehen Autos mit dem Stern. Doch dann trafen sie sich vor dem Kadi wieder. Der Konzern verklagte den Sender, eine TV-Doku über fragwürdige Beschäftigungsverhältnisse nicht erneut zu senden. Das darin verwendete, heimlich aufgenommene Bildmaterial verletze das Hausrecht der Daimler AG und stelle einen Eingriff in deren Unternehmenspersönlichkeitsrecht dar. Bislang vergeblich: Im vergangenen Herbst wies das Landgericht Stuttgart die Klage gegen „Hungerlohn am Fließband – Wie Tarife ausgehebelt werden“ ab. Und auch in der Berufungsinstanz vor dem Oberlandesgericht unterlag jetzt der Nobelkarossen-Hersteller. Mit Urteil vom 8. Juli 2015 (Az. 4 U 182/14) hält der zuständige 4. OLG-Zivilsenat in Abwägung mit der grundgesetzlich garantierten Meinungs- und Rundfunkfreiheit die Ausstrahlung des Beitrags trotz illegal beschafften Bildmaterials für rechtskonform.



Foto: SWR / Alexander Kluge



Ausschnitt: „Hungerlohn am Fließband – Wie Tarife ausgehebelt werden“

Um was geht es? Vor zwei Jahren gab sich der SWR-Reporter Jürgen Rose als arbeitssuchender Familienvater von vier Kindern aus. Über Leiharbeitsfirma und Logistikdienstleister landete Rose als Werkvertrags-Mitarbeiter im Daimler-Werk Untertürkheim. Heimlich filmte er, wie er Hand in Hand mit der Daimler-Stammebelegschaft arbeitete, vergleichbare Tätigkeiten wie diese machte – und dennoch mit 8,19 Euro die Stunde nicht einmal die Hälfte dessen verdiente, was der Konzern eigenem Personal zahlte. Damit wurde der Undercover-Arbeiter zum Hartz-IV-Aufstocker. Die Videos vom Fließband waren am 13. Mai 2013 in der ARD zu sehen, gleich nach der „Tageschau“.

Wie die Erstinstanz beriefen sich nun auch die OLG-Richter auf das „Wallraff-Urteil“ des Bundesverfassungsgerichts von 1984. Dies hatte enge Grenzen für investigativ arbeitende Journalisten gesetzt. Demnach dürfen Rechercheergebnisse grundsätzlich nicht veröffentlicht werden, wenn die Informationen durch Täuschung in der Absicht beschafft wurden, sie gegen den Getäuschten zu verwerten. Eine Ausnahme davon ließen die Verfassungsrichter nur zu, wenn die Bedeutung der Informationen für die Unterrichtung der Öffentlichkeit und für die öffentliche Meinungsbildung eindeutig die Nachteile überwiegen, welche der Rechtsbruch für den Betroffenen und für die Rechtsordnung nach sich zieht.

Im strittigen Fall seien die Vorgaben des höchstgerichtlichen Urteils erfüllt, urteilte das OLG. Die Daimler AG entgehe der Entlohnung von Stammarbeitern und legalen Leiharbeitern, indem es „Arbeitsschritte aus dem Fertigungsprozess heraustrennt und als ‚Werk‘ definiert und dadurch Kosten spart“. Das sei zwar durchaus legal. Zugleich verdiene aber ein bei Daimler eingesetzter Werkvertragsarbeiter mit einem Nettolohn von monatlich 991 Euro viel weniger als die Stammebelegschaft. Und er sei – „erst recht mit vier Kindern“ – auf Sozialleistungen angewiesen, um ein annähernd „angemessenes Leben zu fristen“. Dass ein Unternehmen seine Produktionskosten auf Kosten der Allgemeinheit reduziere, sei „ein erheblicher Missstand“, befand das Gericht.

Während der mündlichen Verhandlung hatten die Richter aber auch unüberhörbar den SWR kritisiert. Nur „mit Bauchweh“ seien die Richter der Meinung, dass nur das illegale Bildmaterial die Authentizität im Beitrag herstelle. Und nicht etwa nachgestellte Szenen, anonymisierte Interviews oder andere dramaturgische Mittel. Die Zurückweisung der Klage öffne „auch nicht Tür und Tor“ für eine Berichterstattung mit illegal erlangtem Material. Zudem belegten weder Bilder noch die Doku insgesamt, dass der Autohersteller unerlaubte Arbeitnehmerüberlassung duldet. Diesen Vorwurf hatte der Koblenzer Arbeitsmarktforscher Stefan Sell im TV-Beitrag geäußert. Was Rose und der Sender gemacht haben, sei „gerade noch zulässig“. „Mir wäre als SWR nicht wohl gewesen“, betonte der Kammervorsitzende.

Mit dem Urteil sieht sich der SWR bestätigt, dass ein überragendes Informationsinteresse der Öffentlichkeit an den Filmaufnahmen bestand und besteht. „Auch das weitreichende Echo auf den Film und die damit ausgelöste gesellschaftspolitische Diskussion bestätigen dies nachdrücklich“, so SWR-Sprecher Wolfgang Utz. Eine Revision wurde nicht zugelassen. Dagegen kann die Daimler AG eine Nichtzulassungsbeschwerde zum Bundesgerichtshof einreichen. Während des Verfahrens hatte deren Rechtsbeistand angekündigt, notfalls durch alle Instanzen zu gehen.

Jürgen Lessat ■

M berichtete:

<https://mmm.verdi.de/archiv/2014/06/medien-recht/06-2014/hausrecht-oder-pressefreiheit>

Medien und marodes System

Westbalkan: Unabhängige Berichterstattung deutlich erschwert

In den Ländern des ehemaligen Jugoslawiens gibt es seit Jahren Sorgen um die Freiheit und wirtschaftliche Nachhaltigkeit der Medien. Doch in der letzten Zeit hat sich die Lage dermaßen verschlechtert, dass selbst einheimische Journalisten und Kommentatoren schockiert sind. Politiker und Geschäftsleute nutzen die andauernde Rezession und die Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse von Medienschaffenden, um unbequeme Journalisten oder Publikationen loszuwerden. Eine Analyse der Situation in Serbien, Mazedonien, Kroatien und Bosnien zeigt, was es heißt, dort in der Medienbranche zu arbeiten.



On April 3 and 6, 2015, unknown individuals uploaded two articles to Pescanik website, one signed with initials NP, and the other with the names of our two authors, Marko Milanovic and Miljana Radivojevic. These articles (Covek "cvrste ruke" pod istragom? and Ko je Sasa Mirkovic?) were not written by any author who publishes for Pescanik, and the editors Svetlana Vukovic and Svetlana Lukic did not approve the publishing of these articles. Furthermore, these two

Als der serbische Ministerpräsident Aleksandar Vučić im vergangenen Sommer Berlin besuchte, zeigte er sich wenig amüsiert. Es war kurz nach der Flutkatastrophe, die in Serbien und Bosnien gravierende Folgen gehabt und mehrere Menschen das Leben gekostet hatte. Auf einer Pressekonferenz wagte die Journalistin Natalija Miletić, ihm kritische Fragen über das suboptimale Krisenmanagement zu stellen. Mehr noch: Sie forderte sogar eine Reaktion auf einen Plagiatsskandal, in den sein Innenminister verwickelt war. Prompt kommentierten zunächst die regierungsnahen Medien in Serbien den „Vorfall“ – und bezichtigten Miletić der „Unverschämtheit“. Dann bekam die unter anderem für die Deutsche Welle tätige Korrespondentin Drohungen, während das Belgrader Internet-Portal „Peščanik“, das das Plagiat aufdeckte, plötzlich von Hackern angegriffen wurde.

Spätestens seitdem schlagen immer mehr einheimische und internationale Organisationen Alarm über die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen serbischer Journalisten. So sprach die Medienbeauftragte der OSZE, Dunja Mijatović, mehrmals von „Internet-Zensur“, nachdem einige regierungskritische



Natalija Miletić bei der Sendung Balkanizer von Funkhaus Europa

Artikel aus dem Netz verschwunden waren. In der Rangliste der Pressefreiheit rutschte Serbien im vergangenen Jahr vom 54. auf den 67. Platz: „Eine bemerkenswert negative Entwicklung“, schätzt Christian Mihr, Geschäftsführer von Reporter ohne Grenzen. Ein Ende Juni veröffentlichter Bericht der US-amerikanischen Organisation IREX kommt zu einem ähnlichen Ergebnis: Es habe immer häufiger Beispiele von Zensur und Selbstzensur gegeben, die finanzielle Lage der Medien habe sich verschlechtert, die ganze Branche leide unter massivem Druck seitens der Regierung, aber auch der Medieninhaber, die ihre wirtschaftlichen und oft auch politischen Interessen durchzusetzen.

In der Tat kam es allein im vergangenen Jahr sogar zu physischen Angriffen gegen Journalisten: Offiziell wurden 12 Fälle dokumentiert. Für Serbien und Premier Vučić ist dieser Umstand besonders unangenehm, denn das Land möchte sehr bald konkrete Verhandlungen für den EU-Beitritt aufnehmen. Dabei spielen die sogenannten Kopenhagen-Kriterien, darunter auch die Pressefreiheit, eine entscheidende Rolle. Um mögliche Einwände der EU-Kommission aus dem Weg zu räumen, beschloss das serbische Kabinett vor kurzem, 47 Medien, die sich noch immer in staatlichem Besitz befinden, endlich zu privatisieren. Dazu zählen lokale Fernseh- und Radiosender, aber auch Tageszeitungen, die im Moment als Sprachrohre der Regierung gelten. Auch die frühere jugoslawische Nachrichtenagentur Tanjug wird privatisiert. Obwohl dieser formelle Schritt längst fällig war, wird dadurch jedoch nur ein Teil des Problems gelöst, glauben die meisten Vertreter der Zivilgesellschaft. Denn der Druck auf die Journalisten wird bei den meisten privaten Medien genauso massiv ausgeübt wie bei den öffentlichen.

Diese systematischen Missstände sind nicht nur in Serbien zu beobachten. Die ganze Region erlebte seit den 1990er Jahren eine Konzentration des Medieneigentums in den Händen weniger, politisch gut vernetzter Geschäftsleute, die während der chaotischen Transformation auf wundersamer Weise ihre „ersten Millionen“ gemacht haben, und die heute noch oft genug in Korruptionsaffären verstrickt sind. Diese Entwicklung ist die logische Konsequenz einer Ausgangssituation, in der diese Oligarchen die einzigen waren, die über genug Kapital verfügten, um in das vergleichsweise teure und nicht besonders profitable Mediengeschäft einzusteigen. Zwar zeigten große, international agierende Konzerne Anfang der 2000er Jahre Interesse am Standort Westbalkan, doch spätestens mit der Wirtschaftskrise konnten sich Ringier, WAZ oder Bertelsmann die Verluste der dortigen Nachrichtenmedien nicht mehr leisten. Sie konzentrierten sich stattdessen auf Unterhaltungsfernsehen oder auf Magazine.

Vor diesem Hintergrund werden Medien selbstverständlich für wirtschaftliche und politische Zwecke instrumentalisiert. Wie dies konkret geschieht, zeigen etwa die Mitschnitte abgehörter Telefonate zwischen

hochrangigen mazedonischen Regierungsvertretern und diversen Medieninhabern und Chefredakteuren. Wer diese Tonaufnahmen – natürlich auf illegale Weise – fertigte, ist bisher unklar. Fakt ist, dass Minister und sogar der Premier Nikola Gruevski offensichtlich die redaktionelle Linie der „freundlichen“ Privatmedien bis ins Detail besprechen, kritische Stimmen fern lassen, und die lukrativen staatlichen Aufträge oder Genehmigungen so erteilen, dass das Geld in die „richtigen“ Taschen kommt – und gleichzeitig für positive Schlagzeilen sorgt.

Selbst in Kroatien, das seit 2013 EU-Mitglied ist, zeichnet sich eine ähnliche Tendenz ab. Ein investigativer Bericht, das zur Schlussfolgerung kam, dass der konservative Oppositionschef Tomoslav Karamarko in den 1980er Jahren als Mitarbeiter der jugoslawischen Staatssicherheit tätig war, führte zur Entlassung des

Journalisten. Der Vorfall zeigt, dass die Einschränkungen der Pressefreiheit nicht unbedingt mit Amtsmissbrauch durch Regierungen zusammenhängen. Vielmehr handelt es sich dabei um ein komplexes System von Verflechtungen zwischen Medien, Politik und Geschäftsmilieu, das die Bürgerinnen und Bürger der Westbalkanländer längst durchgeschaut haben, und das die Glaubwürdigkeit der traditionellen Presseorgane zerstört. Dies führt zur immer weiteren Senkung der Auflagen und Einschaltquoten, die wiederum die Abhängigkeit der Medien von diesem korrupten System erhöhen, und so weiter – ein Teufelskreis. Die einzige Ausnahme bleiben im Moment die wenigen unabhängigen Internet-Nachrichtenportale, die sich durch Spenden, internationale Stiftungen und – viel seltener – Werbung und Abos für Premium-Inhalte finanzieren. **Osteuropa-Korrespondent Silviu Mihai ■**

Leipzig: Europäisches Zentrum für Presse- und Medienfreiheit gegründet

In Leipzig hat sich Ende Juni das Europäische Zentrum für Presse- und Medienfreiheit (ECPMF) gegründet. Deren Ziel ist es, europäische Medienfreiheitsinitiativen und -akteure zu einen und deren Aktivitäten zu koordinieren. Dazu wird das Zentrum Verletzungen der Pressefreiheit und die Verfolgung von Journalistinnen und Journalisten europaweit dokumentieren und darüber informieren. Laut Henrik Kaufholz, Vorstandsvorsitzender ECPMF und Vorsitzender der dänischen Journalisteninitiative SCOOP, soll das Zentrum „Leuchtturm der Pressefreiheit in Europa werden und als Kooperationszentrum arbeiten. Wir wollen für gemeinsame Standards in Europa streiten.“

Auch die Europäische Journalistenverband (EJF) befindet sich unter den Gründungsmitgliedern. EJF-Präsident Mogens B. Bjerregaard und Ljiljana Smajlović, Präsidentin des Serbischen Journalistenverbandes, wurden in den achtköpfigen Vorstand des ECPMF gewählt. Finanziell unterstützt wird das Zentrum unter anderem von der Europäischen Kommission und der Medienstiftung der Sparkasse Leipzig. **Red. ■**



Scheckübergabe zur Gründung des European Centre for Press on Media – Stephan Seeger (Medienstiftung der Sparkasse Leipzig), Balzs Nagy Navarro (Aufsichtsratsvors., freier Journalist, Ungarn), Henrik Kaufholz und Dr. Fritz Jaeckel (Chef der Staatskanzlei Sachsen)

Aktuell

BBC streicht mehr als 1000 Stellen

Der britische Rundfunksender BBC plant, mehr als 1000 Stellen zu streichen. Das entspricht etwa fünf Prozent des momentanen Personals. Das verkündete Intendant Tony Hall in einer vom Guardian veröffentlichten E-Mail an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der BBC. Betroffen seien vor allem Stellen in der Verwaltung. Halls Ziel ist es, die gebührenfinanzierte BBC zu verschlanken und die Strukturen zu vereinfachen.

Grund seien die veränderten Sehgewohnheiten der Briten: Zunehmend ersetze das Internet die Fern-

sehgeräte. Das führte zu Mindereinnahmen in Höhe von 150 Millionen Pfund. Durch die Stellenstreichungen sollen laut Hall jährlich 50 Millionen Pfund eingespart werden, was zu einer langfristigen Kostensenkung führen soll.

Eine Erhöhung der Gebühren vor 2016 kommt nicht in Frage. Das hatte die britische Regierung der BBC untersagt. In den letzten Jahren war es bei der BBC immer wieder zu massiven Stellenstreichungen im Zuge von Sparmaßnahmen gekommen, zuletzt 2014. **Red. ■**

Graswurzelradios und Facebook

Journalistenausbildung in Kambodscha durch deutsche Institutionen

Rund vierzig Jahre nach dem Sieg der kommunistischen Khmer Rouge, dem darauf folgenden Einmarsch vietnamesischer Truppen und dem von den Vereinten Nationen 1991 angestoßenen Friedensprozess befindet sich Kambodscha auf dem schwierigen Weg der Demokratisierung. Die Pressefreiheit ist dabei zwar garantiert, aber eine zerbrechliche Angelegenheit, so das Fazit einer Studie der ortsansässigen Konrad-Adenauer-Stiftung. Sie ist nur eine von mehreren deutschen Institutionen, die sich in Kambodscha um die Journalistenausbildung und Medien kümmern.

Die Heinrich-Böll-Stiftung hat ihre Vertretung in der Hauptstadt Phnom Penh. „Die Khmer-sprachige Presse ist weitgehend in der Hand oder in der politischen Nähe zur Regierungspartei Cambodian People's Party“, sagt Büroleiter Ali Al-Nasani. Die Stiftung sponsert deshalb „alternative“ Medien wie zum Beispiel den Radiosender „Woman Voices, Woman Choices“. Organisiert wird der Sender von der kambodschanischen Frauenorganisation Strey Khmer in Toul Sleng. Mitarbeiterin Pech Polet ist 29 Jahre alt – sie erklärt, um was es geht. Jeden Donnerstag sendet das Radio eine Stunde lang ein Programm auf 106,5 AM, das sich an die Frauen vor allem auf dem Land richtet. Immer wiederkehrende Themen sind Gewalt gegen Frauen, Migration und die Förderung von Frauen in der Politik. Zur Unterstützung dieser Themen gibt es mittlerweile 64 Radioklubs in 13 Provinzen des Landes. Sie haben fünf bis sieben Mitglieder, hören sich die Sendungen gemeinsam an und diskutieren das Programm. Früher wurde das Frauenradio von einem staatlichen Sender ausgestrahlt, jetzt ist man wegen Zensur zu einem nichtstaatlichen Sender gewechselt. Die Heinrich-Böll-Stiftung unterstützt das Medium mit einem jährlichen Budget von 23.000 Euro.

Szenenwechsel. Die „Abteilung für Medien und Kommunikation“ (DMC) der „Königlichen Universität“ liegt etwas außerhalb des Stadtzentrums am Ende des „Russian Boulevards“. „104 Studierende sind derzeit eingeschrieben“, so Institutsdirektor Som Ratana, der selbst in Indonesien Journalismus studierte. Das Studium am DMC dauert vier Jahre und wird mit dem Bachelor of Arts abgeschlossen. Auf dem Stundenplan stehen unter anderem Kurse zu Printjournalismus, Rundfunkjournalismus, Medientheorie, Pressegesetzgebung, Englisch oder Public Relations. Taingriton Mut ist einer der Studenten, er lernt Deutsch am hiesigen Goethe-Institut und ist im zweiten Studienjahr. Derzeit beschäftigt sich der 21-Jährige mit dem Rundfunk, er übt die Anmoderation von Beiträgen. Das DMC verfügt über Rundfunk- und Fernsehstudios zum Üben sowie eine Bibliothek mit mehr als 2000 Büchern.

Die „Abteilung für Medien und Kommunikation“ an der Universität gibt es seit 2001 und sie wird finanziell von der deutschen Konrad-Adenauer-Stiftung getragen. Mit deren 60.000 Euro werden die drei festangestellten Lehrkräfte, die Dozenten auf Honorarbasis und die Veröffentlichungen der Abteilung bezahlt. Gesponsert wird die Journalistenausbildung außerdem von der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) und dem Deutschen Aka-

demischen Austauschdienst (DAAD), der am Institut eine Langzeitdozentur finanziert.

Die hat derzeit noch der deutsche Journalist Andreas Oldag inne. Er hat zusammen mit der Konrad-Adenauer-Stiftung einen Beitrag über „Pressefreiheit und Medienregulierung in Kambodscha“ veröffentlicht. Dort wird der derzeitige Zustand der Presse-



Foto: Cynthia LeCount Samake, California/USA

Keo Kounila, eine der bekanntesten Bloggerinnen Kambodschas. Das Bild zeigt Kounila während einer Reise in Indien.

freiheit als „fragil“ beschrieben. Gewalttätige Angriffe auf Journalisten durch das Sicherheitspersonal von Politikern sind üblich, was auch am Fehlen eines Akkreditierungssystems liegt. Die Bezahlung der Journalisten reicht nicht zum Überleben, so dass Korruption und Gefälligkeitsartikel weit verbreitet sind. Der staatliche Rundfunk mit seinen Hörfunk- und Fernsehprogrammen ist völlig der herrschenden Regierungspartei verpflichtet. Nachrichten über die Opposition gibt es dort nicht. Auch die rund 30 in Khmer erscheinenden Zeitungen gehören meist Personen, die der Regierungspartei nahe stehen.

Eine oppositionelle Haltung vertreten hingegen die beiden englischsprachigen Tageszeitungen in Kambodscha, die *Cambodia Daily* und die *Phnom Penh Post*. Ihre Auflage ist aber gering und sie werden meist von Ausländern gelesen. Der Radiosender „Voice of Democracy“ bietet auch Graswurzelradios wie dem der Frauenorganisation „Strey Khmer“ eine Plattform.

Das wichtigste Medium der Opposition aber ist das Internet und darin vor allem Facebook. Das ist auch die Triebkraft für die rapide wachsende Zahl an Internetanschlüssen im Land. Sie ist in 2014 um 31 Prozent gewachsen, damit ist ein Drittel der 15 Millionen Kambodschaner online. Der jüngste Zuwachs ist vor allem dem vermehrten Gebrauch von internetfähigen Smartphones geschuldet, die von den jungen

KAS-Studie

Freedom of the Press and Media Regulation in Cambodia. Konrad-Adenauer-Stiftung 2015. <http://tinyurl.com/KAS-Cambodia>

Städtern zusehends genutzt werden. Ein Internetanschluss ist in Kambodscha mit Kosten von rund fünf Dollar für einen Monat vergleichsweise günstig.

Die Opposition nutzte Facebook vor allem bei den jüngsten Parlamentswahlen, in denen die Oppositionspartei CNRP erstmals Sitze im Parlament erlangte. Laut dem Bericht von Andreas Oldag hat sich in Kambodscha auch eine aktive Bloggerszene etabliert, die sich selbst „ogger“ nennt. Keo Kounila, eine der bekanntesten Bloggerinnen (<http://blueladyblog.com>), konstatiert, sie habe trotz regierungskritischer Kommentare bisher keine Einschränkungen hinnehmen müssen.

Doch Internetaktivisten sehen mit einem neuen Gesetzentwurf der Regierung gegen Cyberkriminalität dunkle Wolken am digitalen Himmel aufziehen. Vor allem der Paragraph 28 bereitet ihnen Sorgen: Dabei geht es um den Straftatbestand der Unterminierung der „Integrität“ von Regierungsinstitutionen. In dem Medienbericht plädieren die Autoren für die Einrichtung von Regulierungsinstitutionen, wie einem unabhängigen Rundfunk- und Pressegremium, einem transparenten und demokratischen Verfahren zur Lizenzvergabe, der Installation eines Ombudsmannes für Internetfragen sowie einem Kodex für Meinungspluralität im Rundfunk.

Und wie steht es mit den Chancen der Absolventen des „Abteilung für Medien und Kommunikation“ am Arbeitsmarkt? Eigentlich gut, so das Fazit von Denis Schrey von der Konrad-Adenauer-Stiftung in Phnom Penh. Aber leider nicht im journalistischen Bereich oder in der Verwaltung, wo sie dringend benötigt würden. Dort ist die Bezahlung miserabel. Sondern bei NGOs, Unternehmen und internationalen Firmen. „Die Arbeitgeber reißen sich um die Absolventen“, so Schrey, „und die gehen da hin, wo das Geld ist“.

Neben der universitären Journalistenausbildung betreibt auch die Don Bosco-Mission in Kambodscha einige Schulen mit Ausbildungsgängen zu Kommunikation und Medien. Kep, eine Kleinstadt im Süden an der Küste von Kambodscha: Das Berufsbildungszentrum der Don Bosco Mission setzt nicht nur auf die Ausbildung etwa in der Landwirtschaft und Hotellerie, sondern auch auf Kommunikation, Journalismus und Social Media. Und das hat etwas mit dem Schulleiter, mit Salesianerpater Albeiro Rodas zu tun. Denn der 44-Jährige ist selbst Journalist, kam vor 15 Jahren aus seiner Heimat Kolumbien nach Kambodscha. Die Schule in Kep leitet er seit ihrer Eröffnung 2011. 300 Schüler studieren heute hier und machen eine Ausbildung in Hauswirtschaft, als Schneider oder Elektriker. Oder in der Fachrichtung Journalismus und IT. So wie Sreytouch Leng. Der 21-jährige entstammt einer indigenen Minderheit im Norden von Kambodscha und möchte nach seiner Ausbildung dorthin zurückgehen und sich für die Anliegen seines Stammes einsetzen. Noch aber studiert er hier in Kep im ersten Jahr „Social communication“ und auf dem Lehrplan stehen vor allem Englisch und Internet-Grundkenntnisse: Was ist Youtube, Wikipedia oder Facebook? Im ersten Jahr dabei ist auch Bonny Seun, die 20-Jährige möchte später als Journalistin arbeiten.

„Unsere Schüler sollen lernen, mit der ganzen Welt Kontakt aufzunehmen. Das erweitert ihren Horizont und stärkt ihr Verständnis für Demokratie“, so Pater Albeiro. **Rudolf Stumberger** ■

Aktion für Jelena Milaschina, Russland

Amnesty International
Zinnowitzer Straße 8
10115 Berlin
www.amnesty.de



ver.di
Bundesverwaltung
Paula-Thiede-Ufer 10
10179 Berlin
www.verdi.de

AMNESTY
INTERNATIONAL



Offene Drohung gegen Journalistin

Ausgerechnet der Nachrichtendienst des tschetschenischen Innenministeriums verbreitete die Drohung: Auf dem Internet-Portal *Grozny Inform* erschien am 19. Mai ein Artikel, der eine mögliche Ermordung der Journalistin Jelena Milaschina ankündigte. In dem Text hieß es, dass neun Jahre nach der Ermordung von Anna Politkowskaja nun Jelena Milaschina bald an der Reihe sei, das nächste Opfer zu werden.

Ebenso wie die 2006 ermordete Politkowskaja arbeitet Milaschina für die unabhängige Zeitung *Nowaja Gaseta*. Als Nachfolgerin Politkowskajas setzt sie die engagierte Berichterstattung über die Lage in der russischen Teilrepublik Tschetschenien fort. Unmittelbar vor den Drohungen gegen sie sorgte ihr Artikel über die Zwangsverheiratung einer 17-Jährigen mit einem 30 Jahre älteren leitenden – und bereits verheirateten – Polizeibeamten für Aufsehen und Empörung. Nach der Veröffentlichung warf der tschetschenische Präsident Ramsan Kadyrow der Journalistin öffentlich vor, eine Lügnerin zu sein und sich in die privaten Angelegenheiten von Tschetschenen einzumischen. Danach erschien ein Artikel auf *Grozny Inform*, in dem behauptet wurde, Milaschina werde vom Westen benutzt, um das Ansehen ihres eigenen Landes zu beschmutzen. Angedeutet wurde auch, dass ausländische Feinde Russlands schon bald ihre Ermordung anordnen würden. Die *Nowaja Gaseta* verlangt eine Untersuchung, ob der Text des Ministeriums gegen russisches Gesetz verstößt.

Die tschetschenischen Behörden werfen den verbliebenen unabhängigen russischen Medien wie *Nowaja Gaseta* oder *Kommersant* seit langem vor, zusammen mit Menschenrechtlern einen Propagandakrieg gegen Tschetschenien und Russland zu führen.

Jelena Milaschina arbeitet seit vielen Jahren zum Thema Tschetschenien und unternimmt regelmäßig Reisen in die Kaukasus-Region. Mehrmals wurde sie bereits wegen ihrer Arbeit bedroht und schikaniert. Am 4. April 2012 wurde sie in Moskau von drei unbekanntenen Männern angegriffen und mehrmals gegen den Kopf getreten.

Was können Sie tun?

Schreiben Sie an den russischen Leiter der Ermittlungsbehörde und fordern Sie ihn auf, wirksame Schutzmaßnahmen für die Journalistin Jelena Milaschina (Elena Milashina) zu ergreifen. Schreiben Sie auf Russisch, Englisch oder Deutsch an:

Aleksandr Ivanovich Bastrykin
Investigative Committee of the Russian Federation
Tekhnicheskii pereulok, dom 2
105005 Moscow
RUSSISCHE FÖDERATION
Fax: 00 7 – 499 265 90 77
Twitter: @sledcom_rf

Senden Sie eine Kopie Ihres Schreibens an:

BOTSCHAFT DER RUSSISCHEN FÖDERATION
S. E. Herr Vladimir M. Grinin
Unter den Linden 63–65
10117 Berlin
Fax: (030) 2299 397
E-Mail: info@russische-botschaft.de

Leute

SERVICE ZUM SURFEN

Der Service ist im Netz unter:
<http://mmm.verdi.de/service>



Grafik: H. Haubrich

Guido Bolten, Geschäftsführer der BurdaStudios (BurdaIntermedia / Hubert Burda Media), übernahm zusätzlich die Chefredaktion der übergeordneten Bewegtbildereinheit und von Focus TV. **Matthias Pfeffer**, bisher Geschäftsführer und Chefredakteur von Focus TV, verließ das Unternehmen. **Frank Horlbeck**, zuletzt Leiter der globalen Bewegtbildunit von Audi, wird die Food-Marke Bon Gusto, die ebenfalls zu den BurdaStudios gehört, als Channel Director verantworten.

Armin Clauss, früher hauptamtlicher Gewerkschaftssekretär bei der IG Metall, stellv. Landesvorsitzender der hessischen SPD, von 1976 bis 1987 hessischer Sozialminister, löste als Vorsitzender des HR-Verwaltungsrats **Gert Lütgert** ab, der sich nicht mehr zur Wahl stellte, aber dem Gremium weiterhin angehört. Stellv. Vorsitzende bleibt **Doris Piel**, ver.di.

Don Dahlmann, freier Journalist, Blogger und Gründer des unabhängigen Motorsport-Blogs racingblog.de, wirkt künftig auch als Autor für das Thema Automotive & Mobility für das Online-Magazin Gründerszene.

Ulrike Demmer wechselt zum Redaktions-Netzwerk Deutschland (RND), Madsack Mediengruppe. Sie wird im Herbst 2015 die Leitung des neuen RND-Hauptstadtbüros übernehmen. Die Redakteurin ist derzeit stellvertretende Leiterin des Focus-Hauptstadtbüros in Berlin.

dpa Deutsche Presse-Agentur: **Peter Kropsch**, Leiter der österreichischen Presseagentur APA, wird im September 2016 zur dpa wechseln und im Januar 2017 als Vorsitzender der Geschäftsführung **Michael Segbers** ablösen, der altersbedingt ausscheiden wird. Der Medienmanager **David Brandstätter** wurde erneut zum Auf-

sichtsratsvorsitzenden der Nachrichtenagentur gewählt. **Georg Ismar**, bisher bundespolitischer dpa-Korrespondent in Berlin, löste als Leiter des dpa-Regionalbüros Lateinamerika in Rio de Janeiro **Helmut Reuter** ab, der das Büro in Bremen leiten wird. **Peer Meinert**, derzeit Leiter des Regionalbüros Nordamerika in Washington, folgt zum 1. September als Chef des Regionalbüros für Nordwesteuropa mit Sitz in London auf **Michael Donhauser**, der als dpa-Korrespondent nach Washington wechselt. Leiter des dortigen Regionalbüros wird zum 1. August **Martin Bialecki**, bisher Leiter der Politikredaktion in Berlin. **Ulf Mauder**, derzeit Leiter des Regionalbüros für Osteuropa in Moskau, löst zum 1. Oktober als Leiter des Landesbüros Baden-Württemberg in Stuttgart **Henning Otte** ab, der Leiter der dpa-Politikredaktion in Berlin wird. **Marco Mierke**, bisher Auslandskorrespondent in Washington, folgt zum 1. August als Leiter der englischsprachigen Berichterstattung von dpa international auf **Nick Rigillo**, der die Nachrichtenagentur verlässt.

Michael Eberhard, bisher Leiter der Hauptabteilung Technik und Produktion am Standort Stuttgart des SWR, löst als Direktor für Technik und Produktion **Bertram Bittel** ab, der zum Jahresende in den Ruhestand tritt.

Anja Fix, bisher bei 3sat Leiterin der Subkoordination Dokumentationen / Wirtschaft sowie u. a. für das Magazin „makro“ verantwortlich, löst zum 1. September als Subkoordinatorin Kultur und Leiterin des Magazins „Kulturzeit“ (ZDF, ARD, ORF, SRF) **Armin Conrad** ab, der altersbedingt ausscheidet.

Martina Lenk leitet seit 1. Juli 2015 den Geschäftsbereich Programm und Gestaltung an der ARD.ZDF medien-

akademie. Zusätzlich übernahm sie die Leitung des Standorts Hannover. Davor war sie seit 2008 Geschäftsführerin der Madsack Online GmbH & Co. KG in Hannover und verantwortete die digitalen Aktivitäten der Madsack Mediengruppe.

Beim Nachrichtenmagazin Focus leiten die Mitglieder der Chefredaktion jetzt jeweils auch ein Ressort: Chefredakteur **Ulrich Reitz** übernahm die Leitung des Ressorts Politik, **Wolfgang Reuter** die der Wirtschaft und **Markus Krischer** die des Ressorts Report. Der bisherige Politik-Chef **Daniel Goffart**, Leiter der Hauptstadt-Redaktion, wird weiterhin über Politik- und Wirtschaftsthemen schreiben.

Joachim Franz, bisher u. a. bei der Deutschen Telekom im Digital Service tätig, übernahm bei BurdaStyle (Freundin, Elle, InStyle, Elle Décoration, Harper's Bazar, InStyle Man) die neu geschaffene Position des Head of Digital Service.

Sven Froberg, zuletzt Senior Vice President Creation bei dem Mediendienstleister _wige Media AG (Köln), früher Chefredakteur des DSF und dann Sportchef von SAT.1, folgt als Geschäftsführer der Nachrichtenagentur Sport-Informationen-Dienst (SID), einer Tochtergesellschaft von AFP, zum 1. September auf **Yacine Le Forestier**. Froberg wird zugleich Chefredakteur der redaktionellen SID-Dienste und Leiter der Tochtergesellschaft SID Sportmarketing & Communication Services GmbH. Le Forestier wird in Berlin Leiter der deutschen Büros des AFP-Weltdienstes und Co-Geschäftsführer der deutschen AFP.

Tina Hassel, zuvor Leiterin des ARD-Büros in Washington, trat ihre neue Stelle als Leiterin des ARD-Hauptstadtbüros an.

Oliver Haustein-Teßmer, bisher Nachrichtenchef beim Trierischen Volksfreund, wurde stellv. Chefredakteur bei der Lausitzer Rundschau (beide Saarbrücker Zeitungsgruppe / Rheinische Post Mediengruppe).

Peter Heinzel löste als Vertreter des MDR-Rundfunkrats im ARD-Programmbeirat **Stefan Gebhardt** ab, der künftig sein Stellvertreter ist.

Thomas Hengelbrock, Chefdirigent des NDR-Sinfonieorchesters, präsentiert zusammen mit der Moderatorin

Alice Tumler die Sendereihe „Musik entdecken mit Thomas Hengelbrock“, die der NDR für ARTE entwickelt hat.

Jan Hollitzer, seit März Online-Chef der Berliner Morgenpost (Mediengruppe Berliner Verlag), folgte als Mitglied der Chefredaktion auf **Sandra Garbers**, die das Blatt verließ.

Elmar Jehn, bisher Stellvertreter des Chefredakteurs und seit März kommissarischer Leiter des Berliner Kuriers (Berliner Verlag / Mediengruppe M. DuMont Schauberg), wurde zum Chefredakteur ernannt. Stellv. Chefredakteur ist **Jan Schmidt**.

Verena Keyzers, zuletzt in der Intendantz des RBB tätig, folgt als Leiterin des RBB-„Kulturradios“ auf **Ernst Christian Zander**, dessen Vertrag im Oktober endet. Bis zum Amtsantritt Keyzers' nach ihrer Elternzeit im September 2016 übernimmt **Claudia Ingenhoven**, Wortchefin des Kulturradios, die Leitung.

Oliver Köster, früher im Bereich Jugendmagazine tätig, zuletzt Leitender Redakteur bei dem People-Magazin Closer (Bauer), folgte als stellv. Chefredakteur bei der Boys-Redaktion der Blue Ocean Entertainment AG (Hubert Burda Media) auf **Andreas Fallscheer**, der das Unternehmen verließ.

Henning Krumrey, derzeit noch stellv. Chefredakteur bei der Wirtschaftswoche (Verlagsgruppe Handelsblatt), wird den Verlag Ende November verlassen. Er folgt zum 1. Januar 2016 als Leiter der Abteilung Politik und Kommunikation beim Recycling-Spezialisten ALBA Group auf **Verena Köttker**.

Michaela Lienemann, bisher beim Münchner Reiseverlag Travel House Media (Ganske Verlagsgruppe) Verlagsleiterin für die Marken Merian, Polyglott und ADAC, folgte als Programmgeschäftsführerin auf **Michael Kleinjohann**.

Elke Lüdecke, langjährige Direktorin des MDR-Landesfunkhauses Sachsen-Anhalt, wurde vom Rundfunkrat für eine weitere Amtszeit wiedergewählt.

Robert Matiebel, Ressortleiter Sport bei Bild Berlin/Brandenburg, übernahm diese Position auch bei der B.Z. (Axel Springer SE). Sein Vorgänger **Michael Gronau** verließ das Blatt. **Kai Zimmermann** blieb stellv. Sport-Ressortleiter bei Bild Berlin/Brandenburg.

burg und B.Z. **Nahne Ingwersen**, bisher Reporter bei Bild Hamburg und Bild Berlin/Brandenburg, wurde bei letzterer Verantwortlicher Redakteur.

Gremienwahlen im SWR. Zum neuen Rundfunkratsvorsitzenden des Südwestrundfunks (SWR) hat das Gremium **Gottfried Müller** gewählt.

Hans-Albert Stechl (ver.di) hat weiterhin den Vorsitz im Verwaltungsrat inne. Als erste stellvertretende Rundfunkratsvorsitzende wurde **Monika Stolz** gewählt, zweiter stellvertretender Vorsitzender bleibt **Rino-Gennaro Iervolino**. In den Verwaltungsrat gewählt wurden: **Eva Ehrenfeld**, **Klaus Koziol**, **Andrea Krueger**, **Hans-Peter Mengele**, **Dietmar Musescheid**, **Margit Rupp**, **Werner Simon**, **Hans-Albert Stechl**, **Klaus Tappeser**, **Petra Zellhuber-Vogel**. **Theresia Riedmaier** wurde in der konstituierenden Sitzung des Verwal-

tungsrats als Stellvertreterin von Hans-Albert Stechl wiedergewählt. Die Vorsitzende des Landesrundfunkrats Rheinland-Pfalz des Südwestrundfunks (SWR) **Christine Gothe** ist in ihrem Amt bestätigt worden. Die Wahl der Stellvertretung erfolgt am 6. November 2015. Der Vorsitzende des Landesrundfunkrats Baden-Württemberg des Südwestrundfunks (SWR) **Volker Stich** wurde als Vorsitzender wiedergewählt, ebenso dessen Stellvertreterin **Nicola May**.

Bei den Magazinen Neon und Nido (G+J) baute Chefredakteurin **Nicole Zepter** das Führungsteam um. Berater der Chefredaktion wurde **Jan Abele**, zuvor bei dem Magazin The Germans Stellvertreter der Chefredakteurin Zepter. **Mirko Borsche**, bei The Germans für das Layout zuständig, fungiert jetzt als kreativer Berater der Chefredaktion. **Maja**

Nieweler, zuletzt Art Direktorin beim Wirtschaftsmagazin Capital, unterstützt das Führungsteam von Neon und Nido. Die bisherigen stellv. Chefredakteure **Anke Helle** und **Sascha Chaimowicz** sowie die bisherige Art Direktorin **Ji-Young Ahn** verlassen das Unternehmen.

Benjamin Piel, seit 2012 bei der Elbe-Jeetzel-Zeitung (Köhring-Verlag) tätig, und **Jens Feuerriegel**, bisher stellv. Redaktionsleiter bei der Lokalzeitung, folgten als Doppelspitze auf den bisherigen Chefredakteur **Hans-Hermann Müller**, der in den Ruhestand ging.

Ines Pohl, seit 2009 Co-Chefredakteurin der taz, wechselt Ende des Jahres als Korrespondentin in Washington zur Deutschen Welle. Neuer Chefredakteur der taz wird **Georg Löwisch**. Er wird das Amt Mitte September antreten. Löwisch war seit 2012 Textchef des Debattenmagazins Cicero. 1998 hatte er bei der taz volontiert, war dann Redakteur und von 2009 an Ressortleiter der neu gegründeten sonntaz. **Andreas Rüttenauer**, der zur bisherigen Doppelspitze der taz gehörte, bleibt der Redaktion als Autor und Leiter einer neu zu gründenden Zukunftswerkstatt erhalten.

Bettina Reitz, seit 2012 Fernsehredaktorin des BR, wurde vom Hochschulrat der Münchner Hochschule für Fernsehen und Film zur neuen Präsidentin der HFF gewählt; eine Berufung durch das Kultusministerium muss noch erfolgen. Reitz wird im Herbst als erste hauptamtliche Präsidentin der Hochschule **Gerhard Fuchs** ablösen, der ehrenamtlich tätig war.

René Scheu, bisher u. a. als Kolumnist für die NZZ am Sonntag tätig,

folgt Ende des Jahres als Ressortleiter Feuilleton der Neuen Zürcher Zeitung auf **Martin Meyer**, der in den Ruhestand tritt.

Ab sofort berichtet **Stephan Scheuer** als neuer China-Korrespondent aus Peking für das Handelsblatt über relevante Themen aus Chinas Politik, Finanzwelt und Unternehmen. Zuvor war er als China-Korrespondent bereits zwei Jahre für die Deutsche Presse Agentur (dpa) tätig. Stephan Scheuer folgt auf den bisherigen Chinakorrespondenten des Handelsblattes **Finn Mayer-Kuckuk**. Er wird sich nun neuen Aufgaben außerhalb der Verlagsgruppe widmen.

Barbara Schöneberger, TV-Moderatorin und Entertainerin, bringt mit dem Verlag Gruner + Jahr die Frauenzeitschrift Barbara an den Start, die ab Herbst monatlich erscheinen soll. Verantwortlich ist ein Team um Brigitte-Chefredakteurin **Brigitte Huber**.

Jörg Schönenborn, Fernsehredaktor des WDR, löste als Aufsichtsratsvorsitzender des Grimme-Instituts **Ulrich Aengenvoort** ab, den Direktor des Deutschen Volkshochschulverbands, der kommissarisch amtiert hatte. Stellv. Aufsichtsratsvorsitzender ist der Marler Bürgermeister **Werner Arndt**.

Aline Wanner, zuletzt als freie Autorin für NZZ Campus und die Schweiz-Seiten der Zeit tätig, verstärkt neuerdings die Redaktion im Schweizer Büro der Wochenzeitung.

Dominik Wichmann, bis 2014 Chefredakteur des Magazins Stern, wird bei Hubert Burda Media Chefredakteur und – neben der Gründerin **Stefi Czerny** – Co-Geschäftsführer der Digital-Life-Design-(DLD)-Konferenz.

Impressum



«M – Menschen Machen Medien»
Medienpolitische ver.di-Zeitschrift,
erscheint 2015 mit sechs Ausgaben

Herausgeber: Fachbereich 8 (Medien,
Kunst, Industrie), Bundesvorstand:
Frank Bsirske / Frank Werneke

Redaktion: Karin Wenk (verantwortlich),
Telefon 030 / 69 56 23 26

Anschrift: ver.di Bundesverwaltung /
Karin Wenk, Redaktion M,
Paula-Thiede-Ufer 10, 10179 Berlin,
Fax: 030 / 69 56 36 76

E-Mail: karin.wenk@verdi.de
Für unverlangt eingesandte Artikel und
Bilder übernimmt die Redaktion keine
Verantwortung. Gezeichnete Beiträge
stimmen nicht immer mit der Meinung
der Redaktion überein.

Anzeigen:

Network Media GmbH, Bülowstr. 66,
Hof D / Eingang D1, 10783 Berlin
Fax 030 / 740 731 6 – 75,
E-Mail anzeigen@nwmd.de
Ansprechpartner: Nicole Stelzner
Leitung Strategische Unternehmens-
entwicklung / Verkauf.
Telefon 030 / 740 731 6 – 00

Gültige Anzeigenpreisliste:
Nr. 20 gültig ab 1.1.2015

M im Internet
http://mmm.verdi.de

Layout: Petra Dreßler, Berlin
Tel. 030 / 322 18 57
Titelbild: Hermann J. Haubrich, Berlin
Tel. 0171 / 343 88 10

Druck und Vertrieb:
alpha print medien AG (apm)
Kleyerstraße 3, 64295 Darmstadt

Jahresabonnement:
36,- € einschließlich Versandkosten.

Abonnementsverwaltung:
Verlagsgesellschaft W.E. Weinmann
mbH, Postfach 1207, 70773 Filderstadt,
Telefon 0711 / 700 15 30. Fax: –10
E-Mail: service@verlag-weinmann.de
Für Mitglieder der Medien-Fachgruppen
ist die Bezugsgebühr im Mitgliedsbeitrag
enthalten. ver.di-Mitglieder aus anderen
Fachgruppen zahlen 18 € – eine geson-
derte Bestellung ist notwendig.

Weitere Publikationen:
„Kunst & Kultur“
verantwortlich: Burkhard Baltzer
Tel. 030 / 69 56 – 10 60
„Druck + Papier“ verantwortlich:
Helma Nehrlich Tel: 030 / 613 09 664

Redaktionsschluss:
M 4.2015: 22.05.2015
M 5.2015: 11.09.2015
ISSN-Nr.: 09 46 – 11 32

Anzeigen



Zukunft braucht Menschlichkeit.

Ob Rente, Behinderung, Gesundheit oder Pflege,
Fachkompetenz in allen sozialpolitischen Fragen.

Dr. Bettina Schubarth, Pressesprecherin
Schellingstraße 31 • 80799 München • Tel. 089 / 2117-289
Fax 089 / 2117-280 • b.schubarth@vdk.de • www.vdk-bayern.de



Konzept/Gestaltung: Hansen Kommunikation · Foto: Uli Grobs

Qualität
fängt bei deinen
Arbeitsbedingungen
an.

Jetzt einschalten!

